

# Asyl in Sachsen

Auswertung der **Willkommens- und Asyltour** von Abgeordneten der Linksfractionen im Sächsischen Landtag, im Bundestag und im Europaparlament.

**DIE LINKE.**

REFUGEES  
WELCOME

NO JUSTICE



Auswertung & Rückblick:  
Asyl- und Willkommenstour 2015

**Die Willkommens- und Asyltour** fand vom April bis Oktober 2015 statt. Das Heft wurde im Dezember 2015 erstellt.

**Impressum:**

AG der Abgeordneten von DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
V.i.S.d.P.: Mirko Schultze  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

**Redaktionsgruppe:** Kay Kamieth, Conny Richter,  
Marko Forberger, Katrin Pritscha, Juliane Nagel

**Bilder:** Soweit nicht anders angegeben:  
AG der Abgeordneten von DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag. Titelseite:  
strassenstriche.net via Flickr, CC BY-NC 2.0

**Layout:** Tilman van Loos

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1. Einleitung</b>	4
----------------------	---

---

<b>2. Die Asyl- und Willkommenstour 2015</b>	8
2.1. Ausgangssituation für die Tour	8
2.2. Zielstellung, Konzeption und Durchführung	10

---

<b>3. Betrachtung der sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte</b>	12
3.1. Landkreis Görlitz	12
3.2. Landkreis Bautzen	16
3.3. Landkreis Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge	20
3.4. Landkreis Meißen	24
3.5. Landkreis Mittelsachsen	28
3.6. Erzgebirgskreis	32
3.7. Vogtlandkreis	36
3.8. Landkreis Zwickau	40
3.9. Landkreis Leipzig	44
3.10. Landkreis Nordsachsen	48
3.11. Chemnitz, Leipzig, Dresden	52
3.12. Schlussfolgerungen	56

---

<b>4. Unsere Alternative – eine solidarische Asylpolitik</b>	64
4.1. Mindeststandards für Unterbringung und Teilhabe schaffen	64
4.2. Refugees Welcome: Mit LINKS!	66
4.3. Europa wird sich verändern, mit oder ohne uns	68

---

<b>A. Anhang (Presseartikel, Auswahl)</b>	70
---	----

# 1. Einleitung

## Perspektiven für eine menschenwürdige Aufnahme und Teilhabe Geflüchteter

Kein Thema hat im Jahr 2015 den politischen Diskurs so sehr bestimmt wie die Zuwanderung und die Aufnahme von Geflüchteten. Dabei hat sich der Fokus von Aufnahme immer mehr auf Abschottung verschoben, was zur weiteren Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl und der Freizügigkeit in der EU führte.

Die sächsischen Abgeordneten der Linksfractionen im Landtag, im Bundestag und im Europaparlament haben sich im Laufe des Jahres 2015 gemeinsam einen landesweiten Überblick über die Unterbringung, Betreuung und Teilhabemöglichkeiten von geflüchteten und asylsuchenden Menschen verschafft.

Die Asylpolitik des Freistaates Sachsen war in den vergangenen Jahren durch Abwehr und Diskriminierung geprägt. Für die sächsische CDU war und ist das Thema Asyl nie ein wirkliches Grundrecht, sondern eher ein „notwendiges Übel“, welches im Grundgesetz steht. Deswegen gab und gibt es bis heute kaum Ansätze für eine menschenwürdige Aufnahme und Teilhabemöglichkeiten von Geflüchteten an der sächsischen Gesellschaft. Jahrelang lag der Fokus auf zentraler Unterbringung in Sammelunterkünften. Bis heute gibt es in Sachsen die Pflicht, zunächst in Sammelunterkünften zu leben. Im Jahr 2014 war die Quote der dezentral untergebrachten Menschen in Sachsen mit 34,2 % eine der bundesweit schlechtesten. Bis 2015 gab es weder eine systematische soziale Betreuung der Asylsuchenden noch Sprachkursangebote. Auch im politischen Diskurs wurden Geflüchtete unsichtbar gemacht oder tauchten im Negativ-Kontext auf.

Vor diesem Hintergrund konnten Ressentiments in der Bevölkerung quasi staatlich befördert gehen.

Angesichts der wachsenden Zahl von Menschen, die nach Sachsen gekommen sind, musste es bei den Einstellungen der regierenden CDU und ihrer Verwaltung zum faktischen Kollaps der bestehenden Systeme kommen. Die bereits 2014 überfüllten Erstaufnahme-Einrichtungen in Chemnitz und deren Außenstelle in Schneeberg werden bis zum Jahresende 2015 durch ca. rund fünfzig weitere Interimsstandorte für die Erstaufnahme ergänzt werden.

In den interimistischen Unterkünften – darunter Baumärkte, Hallen, Leichtbauhallen und Zelte – herrschen zum Teil katastrophale Zustände. Aber auch bei der Registrierung, der vorgeschriebenen gesundheitlichen Erstuntersuchung und der Prüfung des Asylbegehrens kommt es zu immensen Verzögerungen und Geflüchtete werden einfach „vergessen“.

Das Versagen der Verwaltung wird durch einen massiven Anstieg von rassistischen Aufmärschen und Anschlägen auf werdende und bestehende Asylunterkünfte begleitet. Die Verantwortlichen in der Politik schwiegen zu oft und tolerierten damit indirekt den Hass auf die Neubürger\_innen in Sachsen.

Sachsen wurde damit in der öffentlichen Wahrnehmung bundesweit zum Hort für Ausländer\_innenfeindlichkeit und Rassismus.

Nur zögerlich wurden und werden Schritte in eine andere Richtung gegangen, immer



jedoch mit der Tonalität, dass der Zuzug unter allen Umständen gestoppt werden muss. Mit der Bildung der neuen Landesregierung im November 2014 wurde eine Integrationsministerin berufen, jedoch ohne eigenes Ministerium. Die Ministerin war im Regierungsapparat die erste, die sich im Jahre 2015 um die Etablierung einer landesweiten Flüchtlingssozialarbeit und der Finanzierung von ehrenamtlichem Engagement bemühte.

Aus Sicht der LINKEN braucht es dringend einen ideellen Stimmungswchsel – weg von der derzeit weiter an Oberwasser ge-

winnenden Abschottungs- und Ausgrenzungsorientierung hin zu einer tatsächlichen offenen Gesellschaft. Andererseits bedarf es verbindlicher Regelungen und Qualitätsstandards bei der Aufnahme und Unterbringung sowie zur Teilhabe der neuen sächsischen Einwohner\_innen.

Die Linksfraktion setzt sich dafür ein, die sächsische Gesellschaft so zu entwickeln, dass Zuflucht suchende Menschen sich hier auch ein neues Leben aufbauen können.

Wir werben dafür, asylsuchende Menschen als Chance für dieses Land zu verstehen. Erst jüngst verlautbarte die Bertelmannstiftung, dass Sachsen bis 2030 um 6 %

schrumpfen wird. In den letzten 15 Jahren ging die Bevölkerung um fast eine halbe Million zurück. Sachsen belegte 2014 in Bezug auf den Anteil von Migrant\_innen an der Bevölkerung bundesweit Platz 12. Sachsen ist also ein Entwicklungsland, was die Öffnung in die Welt betrifft.

Auf den folgenden Seiten werden Erfahrungen zusammengetragen und analysiert, die im Rahmen der „LINKEN Willkommenstour“ von April bis Oktober 2015 in Sachsen gewonnen werden konnten. Im Mittelpunkt steht dabei die Situation in den Landkreisen und kreisfreien Städten, wo die Geflüchteten nach der Erstaufnahme ankommen und wo Integration und Teilhabe beginnen. Es sind natürlich Momentaufnahmen, die ständig aktuellen Veränderungen unterliegen. Sie zeigen jedoch aus unserer Sicht sehr deutlich regionale Unterschiede und unterschiedliche Praxis im Umgang mit den Geflüchteten vor Ort.

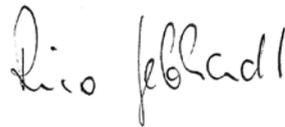
Den Eindrücken aus der Praxis der Landkreise und kreisfreien Städte folgen unsere Vorschläge für eine kommunale Asyl- und Integrationspolitik.

Da weder kommunales, noch landespolitisches Handeln abgelöst von europa- und bundespolitischen Rahmenbedingungen funktionieren kann, versuchen Expert\_innen der verschiedenen Ebenen im Teil III, aktuelle Entwicklungen zu skizzieren. Abgerundet wird die Broschüre von einer Auswahl von Presseartikeln, die zur „Willkommenstour“ erschienen sind.

Außen vor bleibt die Situation der Erstaufnahme. Hier sehen wir akuten Handlungsbedarf und haben darum bereits verschiedene parlamentarische Initiativen auf den Weg gebracht. Wir werden uns auch weiter für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Verfahrensabläufe engagieren.

## Auswahl von Initiativen:

- Tillichs Chefsache „Asyl-Gipfel“ - Erfolgsbilanz des Lenkungsausschusses Asyl im Freistaat Sachsen, Antr DIE LINKE 05.02.2015, Drs 6/897
- Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Freistaat Sachsen, Antr DIE LINKE 13.05.2015, Drs 6/1694
- Asylsuchende und Flüchtlinge im Freistaat Sachsen menschenwürdig unterbringen und ihre Sicherheit und die Sicherheit aller Unterstützer und Helfer schützen, Antr DIE LINKE 28.07.2015, Drs 6/2297
- Dringend verbesserungswürdige Verwaltungsabläufe und Zustände bei der Erstaufnahme von Geflüchteten in Sachsen, Antr DIE LINKE 05.11.2015, Drs 6/3204
- Sicherung des Kindeswohls in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates Sachsen, Antr DIE LINKE 08.10.2015, Drs 6/3001
- Recht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates Sachsen sichern!, Antr DIE LINKE 17.11.2015, Drs 6/3335



**Rico Gebhardt**

Vorsitzender DIE LINKE  
Landesverband Sachsen



**Juliane Nagel**

MdL, Sprecherin für Migrations- und Flüchtlingspolitik



## 2. Die Asyl- und Willkommenstour 2015

### 2.1. Ausgangssituation

Die sächsische Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Abgeordnete von DIE LINKE im Sächsischen Landtag entschieden sich für das Jahr 2015 für gemeinsame Arbeitsschwerpunkte: Asyl und Willkommenskultur. Die Wahl der thematischen Fokussierung drängte sich geradezu politisch auf. Die zahlreichen internationalen Konflikte ließen eine an-

steigende Zahl von Menschen erwarten, die aus den Konfliktregionen kommend, in Europa und Deutschland Schutz suchen. All dies vor dem Hintergrund der problematischen Unterbringungssituation in den Landkreisen und der damit verbunden öffentlichen Debatten. Schnell wurde deutlich, dass das Thema nur sinnvoll im Zusammenspiel aller parlamentarischen Ebenen - Europa, Bund, Land und den kommunalen Vertreter\_innen betrachtet werden kann. Deshalb planten Anfang



2015 die Regionalmitarbeiter\_innen der Sächsischen Landtagsfraktion gemeinsam mit der Landesgruppe Sachsen eine „Asyl- und Willkommenstour“ durch alle zehn sächsischen Landkreise, von April bis Oktober 2015, unter Einbindung der Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst.

Die politische Ausgangssituation Anfang 2015 war durch eine offizielle EU-, Bundes- und Landespolitik gekennzeichnet, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzte. Das politische Handeln in der Bundesrepublik ordnete sich in das Paradigma der „Festung Europa“ ein, trotz dass tausende Menschen beim Versuch, die EU-Außengrenzen zu überwinden, zu Tode kamen.

Während zivilen Seenotrettungsprogrammen im Mittelmeer der Geldhahn abgedreht wurde, stockte die EU das Budget der Grenzschutzagentur Frontex auf und verkündete, verstärkt auch militärisch gegen Schleuser vorzugehen. Die Vereinten Nationen sandten bereits im Dezember 2014 einen Notruf aus, um auf die drastische Unterfinanzierung des UN-Nahrungsmittelprogramms hinzuweisen. So war die UN mit Beginn des Jahres 2015 gezwungen, ihre Lebensmittelhilfe für 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge in den Anrainerstaaten einzustellen. Ende September 2015 hatten die Staaten und die EU-Kommission lediglich die Hälfte des Betrags für die humanitären Programme von 2014 überwiesen, dies galt auch für

Deutschland. Die Folgen reichen gegenwärtig bis in die Mitte Europas. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Antonio Guterres, bezeichnete Anfang November 2015 die Folgen dieser mangelnden Hilfen als „Auslöser“ für den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen nach Europa. Guterres mahnte die UN-Delegierten zu einer stabilen Finanzierung der humanitären Hilfen: „Es ist dringend erforderlich, dass wir die Art und Weise überdenken, wie wir heute unsere humanitäre Antwort finanzieren.“

Gleichzeitig befand sich Anfang 2015 in Deutschland das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung in der öffentlichen Diskussion, das durch Nützlichkeitsdenken und einer harten Linie in der Ausweisungspolitik gekennzeichnet war. Die Asylpolitik des Freistaates Sachsen galt bereits zu diesem Zeitpunkt als eine der restriktivsten bundesweit. Die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden wurde in Sachsen wie in den vorangegangenen Jahren stiefmütterlich



behandelt und Integrationsbemühungen fanden zielgerichtet ohne die Teilhabe Asylsuchender statt.

Anfang des Jahres 2015 stellte sich die Situation in Sachsen konkret so dar, dass Erstaufnahmeeinrichtungen hoffnungslos überfüllt waren, Kommunen mit der Herausforderung der Unterbringung und Integration allein gelassen wurden, reale Teilhabemöglichkeiten für Asylsuchende für den Einzelfall mit viel Energie vor Ort erkämpft werden mussten und es am prinzipiellen politischen Willen zur Unterstützung einer aktiven Willkommenskultur mangelte. Stattdessen wurde insbesondere der sächsische Innenminister Markus Ulbig zum Stichwortgeber rassistischer Mobilisierung auf der Straße.

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag entwickelte bereits in der noch jungen Legislatur ab Ende 2014 verschiedene parlamentarische Initiativen. So beispielsweise die Initiative für einen Winterabschiebestopp oder die Einbringung eines „Ganzheitlichen Handlungs- und Kommunikationskonzepts für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und eine bedarfsgerechte Flüchtlingsarbeit in Sachsen“. Zudem wurden Konzepte für die Erstaufnahme sowie für die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge eingebracht. Im Rahmen der Debatte um den Landeshaushalt folgten Anträge zur sozialen Betreuung von Flüchtlingen mit einem Schlüssel von 1:80 statt 1:150 und der Einführung einer Asylpauschale für die Landkreise und kreisfreien Städte von 9000 Euro statt 7600 Euro pro Jahr. Auch die Fraktion DIE LINKE im Bundestag brachte Anfang 2015 u.a. einen Antrag „Flüchtlinge willkommen heißen – für einen grundlegenden Wandel in der Asylpolitik“ ins parlamentarische Verfahren ein. Ziele waren die Kostenübernahme der Flüchtlingsaufnahme vorrangig durch den Bund, die Ermöglichung einer schnel-

len Integration und der Vorrang der Wohnungsunterbringung, die Aufhebung des Lagerzwanges und der Zwangsverteilung sowie die Einführung von verpflichtenden Mindeststandards für die Flüchtlingsunterbringung bundesweit. Hinzu kam die Stärkung der Aufnahmebereitschaft, faire und schnelle Asylprüfungen, Reformen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Aufhebung ausgrenzender Vorschriften und Gesetze (bspw. das Sachleistungsprinzips und die nur eingeschränkte Gesundheitsversorgung, Residenzpflicht, Arbeitsverbote).

## 2.2. Zielstellung, Konzeption und Durchführung

Der Planung für die „Asyl- und Willkommenstour“ lagen drei methodische Aspekte zugrunde:

Bürger\_innendialog im öffentlichen Raum, Fachgespräche mit Initiativen, Vereinen, ehrenamtlichen Helfer\_innen, professionellen Helfer\_innenstrukturen, politischen Verantwortlichen, Verwaltungen, Behörden, Institutionen und Betreibern von Unterkünften sowie der Kontakt und das Gespräch mit Geflüchteten vor Ort nach einem gemeinsamen Leitfaden.

Hauptziel war es, einen systematischen Blick auf das Thema (Situation der Unterbringung und sozialen Integration von Geflüchteten) zu gewinnen. Grundlage bildeten dialogische Methoden und das Monitoring der in den zehn sächsischen Landkreisen besuchten Unterkünfte. Die Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz wurden in der ursprünglichen Planung bewusst ausgeklammert, da anzunehmen war, dass die dort vorhandenen, vergleichsweise starken parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen das Thema Asyl verstärkt in den Fokus nehmen. Die Ergebnisse und Erfahrungen der

Tour sollten in der Folge in das parlamentarische Handeln einfließen. Darüber hinaus wurde das Ziel verfolgt, ein positives öffentliches Signal für eine solidarische und menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden zu setzen und die Kultur der Offenheit zu bestärken, die im Gegensatz zur auf Abschottung und Ausgrenzung orientierten Common sense steht.

Gleichsam sollte im Sinne einer Willkommenskultur das Verständnis für die Situation der Menschen, die aus verschiedensten Notlagen geflohen sind, befördert und Forderungen nach ihrer gesellschaftlicher Teilhabe bestärkt werden. Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete auf allen Ebenen sollten weiterhin Ermutigung und politische Unterstützung finden.

Speziell für den Dialog mit Bürger\_innen wurde eine Ausstellung zum Thema Flucht und Asyl für den öffentlichen Raum konzipiert. Zwölf lebensgroße menschliche Holz-Silhouetten waren mit Fluchtgeschichten und Fakten zum Thema Asyl versehen und wurden im Rahmen der Tour auf Marktplätzen oder in Fußgängerzonen aufgestellt und durch Infostände flankiert. Diese Ausstellung bildete zudem auch Ausgangspunkt und Bildmotiv für die Berichterstattung der lokalen Medien.

Insgesamt wurden im Rahmen der Tourwochen von April bis Oktober 2015 mehr als 75 Einzelaktivitäten vor Ort geplant und durchgeführt.

## 3.1. Landkreis Görlitz

Vom 9. bis 15. April 2015 sowie am 06. Mai 2015 war die Willkommenstour, begleitet von MdL Kathrin Kagelmann, MdL Mirko Schultze und MdL Juliane Nagel, im Landkreis Görlitz unterwegs. In diesem Zusammenhang wurde eine dezentrale Asylunterkunft in Weißwasser und eine zentrale Unterkunft in Boxberg besucht. Ergänzt wurden die Besuche durch die Ausstellung zum Thema Asyl auf dem Marktplatz in Görlitz und in Weißwasser. Außerdem gab es Treffen und Fachgespräche mit dem Willkommensbündnis Görlitz, Rothenburg, Marinhof, Ebersbach-Neugersdorf, dem DRK, Augen auf e.V., mit einer Vertreterin des Ausländerbeirates Zittau, der Ausländerbeauftragten des LK Görlitz, mit Hospi 30 AG Asyl, der AG Patenschaft Görlitz sowie dem Görlitzer OB Pötzsch.



Görlitz angestellt, wobei sie lediglich als Gleichstellungsbeauftragte festangestellt ist und im Rahmen einer halben Stelle als Ausländerbeauftragte arbeitet. Die zeitliche

Fortführung dieser halben Stelle ist noch unklar. Ihre Aufgabe liegt v.a. in der Koordination des Willkommensbündnisses Görlitz. Die Verwaltung zeigt sich sehr bemüht, Städte und Gemeinden zeitnah über Entwicklungen zu informieren. Dazu gehört im Wesentlichen auch, in allen betreffenden Orten Bürgerversammlungen einzuberufen und an öffentlichen Gesprächsrunden teilzunehmen. Aufgrund des erhöhten Aufwandes durch die steigende Zahl an Geflüchteten war zum Zeitpunkt des Besuchs die Schaffung zusätzlicher Vollzeitstellen im Ordnungsamt sowie auch im Jugendamt (v.a. im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten) vorgesehen. Im Jugendamt wurde in diesem Zusammenhang ein eigenes Sachgebiet geschaffen.

### Verwaltung ■ ■ ■

Mit der Umstrukturierung wurde im Oktober 2015 innerhalb des Dezernates II im Ordnungsamt ein neues Sachgebiet geschaffen, welches die Sachgebiete des Ausländerrechts, des Asylrechts, des Asylbewerberleistungsrechts und der Integration zusammenfasst. Zudem koordinieren zwei hauptamtliche Ausländerbeauftragte das Thema Asyl, wobei eine als Staatsstelle beim Kreis in Vollzeit organisiert ist. Der Handlungsspielraum der Ausländerbeauftragten des Landkreises wird im wesentlichen vom Landrat bestimmt. Die zweite Ausländerbeauftragte ist bei der Stadt

### Integrationskonzept ■ ■ ■

Ein Integrationskonzept ist für den Landkreis Görlitz noch nicht vorhanden, befindet sich aber in Bearbeitung.

### Kommunikationskonzept ■ ■ ■

Wenngleich systematisierte Kommunikationsstrukturen vorliegen, ist jedoch kein durch den Kreistag beschlossenes Kommunikationskonzept bekannt.



## Unterbringungskonzept ■ ■ ■

Für den Landkreis Görlitz liegt kein durch den Kreistag beschlossenes Unterbringungskonzept vor.

Dennoch kann festgehalten werden, dass eine größtmögliche dezentrale Unterbringung von Geflüchteten fokussiert wird. Momentan liegt die Quote bei 50 %. Von der Zuteilung von dezentralem Wohnraum profitieren in erster Linie Familien und Alleinerziehende, wobei grundsätzliche Vorbedingung ist, dass diese in der Lage sind, ein eigenständiges Leben zu führen. In allen Kommunen wird dezentraler Wohnraum auch von privaten Anbietern vermietet. Zentrale Sammelunterkünfte finden sich in Zittau, Löbau, Boxberg, Markersdorf, Kollm und zwei in Niesky. Ein Verteilerschlüssel ist nicht vorhanden. Eine Zuordnung erfolgt gemäß freier Plätze.

## Betreiberstrukturen ■ ■ ■

Sammelunterkünfte und die dezentrale Unterbringung in Wohnungen liegen im Zuständigkeitsbereich des Landkreises. Betreiberverträge für Wohnheime existieren im Landkreis Görlitz u.a. mit der in Grimma ansässigen ABUB (Asyl-Betreuungs- und Beherbergungsgesellschaft mbH), dem DRK und BMN (Stahl und Anlagenbau GmbH aus Niesky). Betreiberverträge sind nicht einsehbar. Die ABUB fungiert außerdem als Vermieter von dezentralem Wohnraum, der Mietverträge mit den Geflüchteten abschließt.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit ■ ■ ■

In der Regel ist die soziale Betreuung an die Betreiber der Wohnheime gekoppelt. Damit einher geht die Gefahr einer mangelnden Abgrenzung der professionellen sozialen Arbeit und ihrer Aufgabe der klientenorientierten Betreuung vom Aufgabengebiet und den Interessenslagen der Betreibergesellschaften. In den dezentralen Unterbringungen wird die soziale Betreuung vorwiegend über soziale Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, dem Arbeiter-Samariter-Bund e.V. und der Diakonie (z.B. in Rothenburg) organisiert. Weiterhin engagieren sich viele Ehrenamtliche.

## Sprachkurse ■ ■ ■

Der Volkshochschule Görlitz e.V. stellt ein professionelles Deutschkursangebot zur Verfügung und beteiligt sich auf diese Weise am Willkommensbündnis für Asylsuchende in der Stadt Görlitz. Dennoch werden die im Landkreis angeboten Sprachkurse überwiegend durch engagierte Ehrenamtliche bereitgestellt. In Weißwasser arbeitet das DRK (Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Weißwasser e.V.), welches für die Betreuung der dort lebenden Asylsuchenden zuständig ist, mit ehrenamtlichen Lehrer\_innen zusammen, um einen Deutschkurs anbieten zu können.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit



Dem steigenden Bedarf an DaZ-Klassen kann im Landkreis Görlitz noch nicht in ausreichendem Maße begegnet werden. Gleiches gilt für Berufsschulen, in denen ein Zugang zu Vorbereitungsklassen zwar möglich, aber nicht bedarfsdeckend vorhanden ist. Im Elementarbereich ist eine Versorgung mit Kita-Plätzen ebenfalls nicht vollumfänglich gewährleistet.

gen ist, sondern auch als Alltagsrassismus zutage tritt. Auch Übergriffe auf Asylunterkünfte bleiben nicht aus, wie etwa die Steinwürfe im August 2015 auf die Unterkunft in Niesky.

## Gesundheitsleistung



Behandlungsscheine erhalten Geflüchtete beim Ordnungsamt. Ein Antrag auf Einführung einer Gesundheitskarte wurde durch die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag abgelehnt.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass es zivilgesellschaftliche Vernetzungen in fast jedem Ort des Landkreises gibt, die sich aktiv und engagiert für eine gelingende Willkommenskultur einsetzen. In Görlitz wird das Willkommensbündnis Görlitz durch die Ausländerbeauftragte der Stadt koordiniert und auf der Online-Plattform „Willkommensbündnis Görlitz“ zusammengefasst.

Seit Oktober 2015 demonstriert in Görlitz die asylkritische Bewegung „Görlitz bewegt sich“ - vormals „Görlitz wehrt sich - Eure Stimme gegen Überfremdung“, der sich jedoch eine breite zivilgesellschaftliche Gruppe entgegenstellt, um ein Zeichen für Toleranz und Vielfalt zu setzen. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass viele Menschen des Landkreises diffuse Ängste in Form rassistischer Äußerungen Ausdruck verleihen und damit Rassismus nicht nur das Problem einzelner Bewegun-

**Berufliches  
Schulzentrum Löbau**

- Bereich Wirtschaft -  
Haus 221

**Landratsamt Görlitz**

Amt für Vermessungswesen und  
Flurneuordnung

Georgewitzer Straße 42



**Internat  
Berufsschulzentrum**  
Haus 220

## 3.2. Landkreis Bautzen

Die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour waren vom 22. Juni bis 24. Juni 2015 im Landkreis Bautzen unterwegs. Mit auf Tour waren im Landkreis neben kommunalen Abgeordneten u.a. die Bundestagsabgeordnete Caren Lay, die Landtagsabgeordneten

Marion Junge und Juliane Nagel. Besucht wurden Sammelunterkünfte in Neschwitz OT Holscha, Haselbachtal OT Häslich, Neukirch (Oberlausitz), Hoyerswerda und im Greenpark in Bautzen. Im Rahmen der Ausstellung zum Thema „Flucht und Asyl“ auf dem Markt in Kamenz, dem Lausitzer Platz in Hoyerswerda und dem Kornmarkt in Bautzen wurden zahlreiche Gespräche mit Bürger\_innen geführt. Zudem fanden zwei Fachgespräche u.a. mit Vertreter\_innen von „Hoyerswerda hilft mit Herz“, RAA Sachsen, „Bautzen bleibt bunt“ und dem „Bündnis der Bündnisse“ des gesamten Landkreises Bautzen statt. Ein Gespräch im Landratsamt zu den aktuellen Herausforderungen des Landkreises im Bereich Asyl mit dem 1. Beigeordneten des Landkreises, Steffen Domschke und dem Leiter des Ausländeramtes im Landratsamt gab Gelegenheit für Einblicke in das Handeln der Verwaltung.

### Verwaltung

Der Landkreis hat 2015 die Aufgaben zum Thema Asyl neu geordnet. Die 2014 ursprünglich gebildete Stabsstelle Asyl im Landratsamt hat sich als nicht zielführend erwiesen. Deshalb wurden ab Juni 2015 mit der Einsetzung eines neuen Lei-



ters des Ausländeramtes die Aufgaben in den Sachgebieten Ausländerrecht, Integration und Unterbringung sowie Asylbewerberleistungsrecht neu strukturiert und das

Amt teilweise mit neuem Personal besetzt. Im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz im November 2015 verständigte sich der Landkreis zu einer grundlegenden Positionen bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten. Demnach bildeten die Oberbürgermeister und Bürgermeister mit der Kreisverwaltung einen Arbeitskreis zur Fortschreibung der Unterbringungs- und Integrationskonzepte. Als Ansprechpartnerin für integrationspolitische Angelegenheiten und zur Interessenvertretung von Geflüchteten im Landkreis fungiert die in Vollzeit angestellte Ausländerbeauftragte.

### Integrationskonzept

Der Landkreis besitzt kein durch den Kreistag beschlossenes Integrationskonzept. Nach einer Information des Landrates wurde jedoch auf der Bürgermeisterkonferenz im November 2015 eine Fortschreibung der Unterbringungs- und Integrationskonzepte vereinbart, was darauf schließen lässt, dass es entsprechende, nicht öffentliche Konzeptionen gibt. Ehrenamtliche Integrationsangebote wie Sprachkursangebote, Patenschaften etc. werden neben den Willkommensbündnissen auch vom Sachgebiet Integration in der Ausländerbehörde und von der Ausländerbeauftragten des Landkreises koordiniert.

## Kommunikationskonzept

Der Landkreis besitzt kein beschlossenes Kommunikationskonzept. Zur Schaffung neuer Asylunterkünfte im Landkreis recherchiert die Verwaltung private Angebote und Angebote der Städte und Gemeinden. Kommt ein Objekt hinsichtlich seiner Eignung in die engere Wahl, erfolgt die Information des jeweiligen Stadt- oder Gemeinderates. Unmittelbar danach werden die Anwohner\_innen schriftlich informiert. Für persönliche Gespräche bzw. zur Durchführung von Anwohner\_innenversammlungen im Vorfeld der Einrichtung neuer Unterkünfte sieht sich die Landkreisverwaltung nach eigenem Bekunden überfordert. Lokal können jedoch beispielhafte Kommunikationsstrategien festgestellt werden, so etwa in Hoyerswerda. Hier verfolgte die Stadt gemeinsam mit „Hoywoy hilft mit Herz“ eine dreistufige Strategie im Zuge der Einrichtung einer neuen Sammelunterkunft – die Bildung eines Bürgerbündnisses, die Durchführung von Bürgerforen und das Herstellen von Transparenz mit Hilfe eines Tages der offenen Tür.

## Unterbringungskonzept

Im Landkreis gibt es kein vom Kreistag beschlossenes Unterbringungskonzept. Jedoch hat sich die Verwaltung des Landkreises entschieden, Geflüchtete sowohl in Sammelunterkünften als auch Wohnungen unterzubringen. 70 Prozent aller Geflüchteten leben in Sammelunterkünften, 30 Prozent in sonstigen Unterkünften und Wohnungen. Große Sammelunterkünfte, wie beispielsweise das Spreewaldhotel Bautzen und die Asylunterkunft in Holscha, werden als „Sonstige Unterkünfte“, d.h. nicht als zentrale Unterkünfte geführt. Nach Angaben des Landratsamtes werden vorrangig Familien in Wohnungen untergebracht,

welche „sich hier bei uns in Deutschland eingelebt haben“. Nach Einschätzung von Willkommensbündnissen im Landkreis werden die Wohnungspotenziale vor Ort nur unzureichend für die dezentrale Unterbringung genutzt. Die größten Sammelunterkünfte im Landkreis sind in Kamenz und Hoyerswerda mit Heimen zu jeweils 400 Plätzen und einer Notunterkunft in Kamenz mit 200 Plätzen, das Spreewaldhotel in Bautzen mit 240 Plätzen und die Unterkunft in Niedergurig mit 175 Plätzen.

## Betreiberstruktur

Große Betreiberfirmen im Landkreis sind bspw. die European Homecare GmbH mit Sitz in Essen, die eine Sammelunterkunft in Hoyerswerda betreibt und pro shelter - Gesellschaft für integriertes Wohnen mbH mit Sitz in Berlin, die der Betreiber einer Sammelunterkunft in Niedergurig in der Gemeinde Malschwitz ist. Für die Vergabe von Betreiberverträgen führt der Landkreis in der Regel beschränkte Ausschreibungen durch. Vor Ort wurde besonders die mangelnde Kontrolle durch den Landkreis auf Einhaltung der Verträge und der darin festgeschriebenen Qualitätsstandards beklagt. Die Betreiberverträge sind zudem nicht öffentlich einsehbar, auch nicht für die gewählten Kreisräte. Als prinzipielles Problem wurde sehr häufig die unzureichende Anbindung der Sammelunterkünfte in kleineren Orten an den ÖPNV sowie die mangelnde Mobilität benannt.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Die soziale Betreuung in den Unterkünften wird durch direkt bei den Betreibern angestelltes Fachpersonal angeboten und soll Geflüchteten „Hilfe zur Selbsthilfe“ gewährleisten. Diese Struktur zur sozialen Betreuung

ist Vertragsgegenstand der Betreiberverträge mit dem Landkreis. Entsprechend der öffentlich nicht transparenten Verträge, können für den Landkreis auch keine systematischen Qualitätsanforderungen und auch kein nachvollziehbarer Schlüssel für die soziale Betreuung festgestellt werden. Von einigen Fachkräften vor Ort wurde als problematisch, belastend und unfachlich beschrieben, dass kaum die Möglichkeit der fachlichen Abgrenzung der sozialen Arbeit zu den Betreibergesellschaften besteht. Die Organisation und Koordination der Betreuung von Asylsu-

chenden, die in Wohnungen untergebracht sind, ist Aufgabe des neuen Sachgebietes Integration im Ausländeramt der Landratsverwaltung.

## Sprachkurse



Der Landkreis verfährt nach dem Grundsatz, dass Geflüchtete für die Dauer des Asylverfahrens „keinen gesetzlichen Anspruch auf einen Deutschkurs“ haben. Sprachkursangebote für Geflüchtete werden im Landkreis in der Regel auf Spenden-

**Bautzen:** Ausstellung über Fluchtschicksale auf dem Kornmarkt



basis ehrenamtlich organisiert, koordiniert und durchgeführt. Das Ausländeramt strebt an, durch das neue Sachgebiet Integration weiterreichende Aktivitäten zur sozialen Betreuung einschließlich Sprachausbildung möglichst in Wohnortnähe zu organisieren. Zusätzlich werden Kurse an den Volkshochschulen und bei Bildungsträgern im Landkreis angeboten. An Berufsschulen bestehen entsprechende Angebote in den DaZ-Klassen. Damit dieses Angebot in ausreichendem Umfang und dauerhaft bedarfsdeckend vorgehalten werden kann, benötigt es eine professionellen Koordination, Qualifizierung, finanzielle Unterstützung und Förderung von Ehrenamtlichen.

## Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit



Geflüchtete Familien haben auch im Landkreis Bautzen einen Rechtsanspruch auf Kita-Plätze für ihre Kinder. Die vorhandenen Kapazitäten sind regional unterschiedlich. Jedoch berichteten Flüchtlingssozialarbeiter\_innen in Bautzen, dass Kinder aus geflüchteten Familien ohne „Bleibeperspektive“, wie bspw. aus den Westbalkanstaaten, keinen Zugang zu Kita-Plätzen erhalten haben. Für jugendliche Geflüchtete unter 27 Jahren ist der Zugang zu Berufsschulen in sogenannten Vorbereitungsklassen prinzipiell möglich, jedoch stehen nur viel zu geringe Kapazitäten zur Verfügung. Landkreisweite Projekte zur Integration von Geflüchteten in Erwerbsarbeit oder Ausbildung sind nicht bekannt. Teilweise bieten einzelne Kommunen Arbeitsgelegenheiten auf 1,05 Euro Basis an, so beispielsweise in der Stadt Kamenz.

sche Behandlung. Die entsprechenden Behandlungsscheine stellt grundsätzlich das Gesundheitsamt im Landratsamt aus, ausgenommen sind Notfälle. Eine Gesundheitskarte wurde auf Kreisebene nicht umgesetzt.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Im Landkreis Bautzen gibt es vielfältige zivilgesellschaftliche Strukturen von Willkommensbündnissen. Das neue Sachgebiet Integration im Ausländeramt ist damit beauftragt, zukünftig Aktivitäten der lokal tätigen Bündnisse und Initiativen zur Unterstützung der Geflüchteten zu koordinieren und fördern. Auf Landkreisebene gibt es ein „Bündnis der Bündnisse“, in dem sich 18 lokale Einzelbündnisse zusammengeschlossen haben. Dieses landkreisweite Bündnis erarbeitet ein eigenes Integrationskonzept für ein planvolles, transparentes Vorgehen unter Festschreibung klarer Standards und der Bündelung von Aufgaben und Maßnahmen zur Mitgestaltung und Mitbestimmung. Die Willkommensbündnisse wirken in einem gesellschaftlichen Klima von Anfeindungen und zahlreichen Protesten gegen Geflüchtete und die Asylpolitik. So bildete sich 2015 eine Bürgerinitiative gegen die Sammelunterkunft Greenpark in Bautzen, einer Stadt, in der regelmäßig rassistische Demonstrationen stattfinden. Weiterhin muss als Tiefpunkt der Anfang Juni 2015 verübte Sprengstoffanschlag auf die Notunterkunft in Hoyerswerda benannt werden.

## Gesundheitsleistung



Geflüchtete haben bei akuten Erkrankungen und Schmerzen auch im Landkreis Bautzen einen Anspruch auf medizini-

## 3.3. Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge war die Asyl- und Willkommenstour am 24.8.2015 und 25.8.2015 unterwegs. Teilnehmer\_innen waren u.a. der Bundestagsabgeordnete Dr. André Hahn und die Landtagsabgeordneten Verena Maiwald, Lutz Richter und Juliane Nagel. In Pirna wurde die Ausstellung „Fluchtgeschichten“ auf dem Marktplatz präsentiert. Hier standen zusätzlich auch der Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Rico Gebhardt zum Bürger\_innendialog bereit. Neben einem Fachgespräch mit Deutschlehrer\_innen beim Verein Zusammenleben e.V. in Freital, einem Gespräch mit den Willkommensbündnissen des Landkreises und einem gemeinsamen Frühstück mit Geflüchteten und Petra Schickert vom Kulturbüro in Pirna in der Evangelischen Gemeinde am Sonnenstein gab es außerdem ein Gespräch mit Medizinern zur Situation der ärztlichen Versorgung. Des Weiteren besuchten die Teilnehmer\_innen gemeinsam mit Vertreter\_innen des Landratsamtes die Sammelunterkünfte in Tharandt und eine Erstaufnahmeeinrichtung in Grillenburg. In Grillenburg gab es zudem auch ein Gespräch mit dem Pressesprecher des Landesverbandes des DRK Sachsen und einem Vertreter der Landesdirektion Sachsen.

### Verwaltung



Der Landkreis hat 2015, im Zuge der steigenden Zahl von Asylsuchenden, die



Ausländerbehörde im Landratsamt umstrukturiert. Zur besseren Aufgabensteuerung und Bewältigung wurde die Arbeit im Themenbereich Asyl neu aufgeteilt und in die Sachgebiete Aufenthaltsrecht, Soziale Leistungen und Soziale Integration gegliedert. Außerdem wurde eine neue hauptamtliche Stelle für einen Integrationsbeauftragten im Landkreis geschaffen, der u.a. auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten koordiniert.

### Integrationskonzept



Im Landkreis ist ein durch den Kreistag 2011 beschlossenes Integrationskonzept vorhanden, welches die zu entwickelnden Integrationsleistungen und Strukturen beinhaltet. Gegenwärtig gibt es Initiativen im Kreistag, dieses Konzept zu aktualisieren und fortzuschreiben.

### Kommunikationskonzept



Mit der Aktualisierung des Unterbringungskonzeptes 2015 wurde dieses zu einem Unterbringungs- und Kommunikationskonzept zusammengefasst und vom Kreistag beschlossen. Das ursprüngliche Kommunikationskonzept, auf dem die aktuelle Fortschreibung aufbaut, entstand unter Einbindung des Kulturbüros Sachsen, der AG Asylsuchende sowie der Caritas.

## Unterbringungskonzept

Seit 2012 existiert ein Unterbringungskonzept im Landkreis, welches als fortgeschriebenes Konzept 2015 in einem Unterbringungs- und Kommunikationskonzept zusammengefasst und vom Kreistag beschlossen wurde. Das Verhältnis zwischen zentraler und dezentraler Unterbringung beträgt mit Stand November 2015 aktuell 30:70. Zentrale Unterkünfte finden sich in Schmiedeberg mit 120 Plätzen plus 40 Plätze für Asylsuchenden in einer weiteren Unterkunft (Nebengebäude) sowie mit 120 Asylsuchenden jeweils in Langburkersdorf und Zinnwald. Darüber hinaus gibt es teils zentrale Formen der Unterbringung in Pensionen mit zwischen 30 und 60 Plätzen. Die größte Zahl der Geflüchteten ist jedoch in dezentralen Unterbringungsformen in einzelnen Wohneinheiten untergebracht. Grundsätzlich werden allen Familien und alleinreisenden Frauen sofort nach der Erstaufnahmeeinrichtung Wohnungen zur Verfügung gestellt. Aufgrund der schnell ansteigenden Zahl an Geflüchteten kann die Verwaltung dieser konzeptionellen Ausrichtung nicht mehr im vollen Umfang nachkommen. Allgemein erfolgt die Verteilung der Asylsuchenden in die Kommunen nach dem im Konzept festgeschriebenen Solidarprinzip, welches die Aufnahme von geflüchteten Menschen in die Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl vorsieht.

## Betreiberstrukturen

Mit der GEVA-Unternehmensgruppe mit Sitz in Pirna und der ITB-Dresden GmbH (Immobilienbetreuungs-Tourismus- und Beherbergungsgesellschaft) mit Sitz in Radebeul stehen für die Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zwei große private Trägergesellschaften zur Verfügung. Die Unterkunft in Tharandt, welche im Rahmen

der Asyl- und Willkommenstour besucht wurde, wird zudem von einer Privatperson betrieben. Seit Frühjahr 2015 verfügt der Landkreis über eine landkreiseigene Gesellschaft, der Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH (GVS), welche mit Anmietung von Wohnungen sowie Ankauf, Bau, Sanierung und Betreuung von Asylunterkünften beauftragt ist.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Die soziale Betreuung wurde im Landkreis bis Ende 2015 grundsätzlich durch die Flüchtlingssozialarbeit des Caritasverbandes mit ausgebildeten Sozialarbeiter\_innen gewährleistet. Einige Betreiber, wie etwa Tharandt oder Schmiedeberg, haben eigene Einstellungen vorgenommen, jedoch handelt es sich dabei zumeist nicht um Fachkräfte der sozialen Arbeit, sondern teilweise um Bundesfreiwilligendienstleistende. So fehlt in Einrichtungen wie in Tharandt die fachliche Trennung der sozialen Betreuung vom Betreiber. Zur Sicherung der Trägervielfalt wurden mit Wirkung Januar 2016 sozialraumorientiert die Erbringung der sozialen Betreuung neben der Caritas nun auch durch die Träger Arbeiterwohlfahrt (AWO), Diakonisches Werk und Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) übernommen. Der Betreuungsschlüssel ist mit Stand November 2015 bei 1:150. Zur Verbesserung der sozialen Betreuung bot der Landkreis 2015 für ehrenamtliche Helfer\_innen eine Fortbildungsveranstaltung zur Traumaerkennung an.

## Sprachkurse

Zur Zeit werden Sprachkurse im Wesentlichen nur im Ehrenamt angeboten. Landkreisweit existieren derzeit 25 ehrenamtliche Sprachkurse, deren logistische



Unterstützung für Räume und Unterrichtsmaterial in der Regel durch Kommunen, Kirchgemeinden und aus Materialspenden der AG Asylsuchende sichergestellt werden. Jede\_r Geflüchtete zahlt zudem für Unterrichtsmaterial einen Eigenanteil von 10 Euro. Die AG Asylsuchende organisiert darüber hinaus regelmäßig den Austausch ehrenamtlicher Deutschlehrer\_innen und übernimmt die Aktualisierung der Liste der Deutschkurse. Die Volkshochschulen und andere Träger bieten aktuell über die Bundesanstalt für Arbeit finanzierte Unterrichtsangebote in Pirna und Freital an.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit



Das Angebot an Kita-Plätzen ist regional unterschiedlich. Temporär mangelnde Kapazitäten im Angebot werden teilweise mit „Eltern-Kind-Angeboten“, so in Heidenau, zu kompensieren versucht. Gegen-

wärtig entstehen fast wöchentlich neue DaZ-Klassen im Landkreis. Jedoch ist das Angebot derzeit noch nicht ausreichend. Im September 2015 startete die Freitaler Stadtverwaltung, der Landkreis sowie der in Freital ansässige Trägerverein Förderkreis Biotec e.V. ein 4-monatiges Pilotprojekt für 15 Geflüchtete zum „Einsatz von Asylbewerbern für gemeinnützige Tätigkeiten vor Ort und das zwingende Erlernen der deutschen Sprache“. Das Angebot beinhaltet jeweils montags bis donnerstags „professionellen, zertifizierten Deutschunterricht“. Dabei wird es in „kleineren Übungswerkstätten projektbezogene Sprachvermittlung geben, um alltagsrelevante Sprachpraxis zu erlangen“. Zugleich werden die Geflüchteten im Rahmen des Projekts auch „im öffentlichen Interesse eingesetzt“ um für „kommunale Einrichtungen, aber auch gemeinnützige Vereine Aufgaben [zu] erledigen“.



**Bautzen:** 9. Antirassistischer Fußballcup mit Geflüchteten des AKuBiZ e.V. in Ulbersdorf unter Mitwirkung von DIE LINKE.

## Gesundheitsleistung



Behandlungsscheine für die ärztliche Behandlung werden Asylsuchenden, die Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, vor Ort dezentral u.a. auch von den sozialen Betreuer\_innen ausgegeben.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Nach wie vor gibt es, wie auch in anderen Landkreisen, kein einheitliches zivilgesellschaftliches Bild im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Während es auf der einen Seite zum Teil massive rassistische Übergriffe (z.B. in Freital) und Gewaltakte, wie bspw. der Brandanschlag auf den Containerbau in Dippoldiswalde, gibt und sich in regelmäßigen Demonstrationen gegen eine Willkommenskultur oder die Unterbringung von Asylsuchenden zur Wehr

gesetzt wird, formiert sich auf der anderen Seite eine wachsende Zahl von Menschen, die sich engagiert für das Thema Asyl und Willkommenskultur einsetzen. Im Landkreis gibt es zur Zeit 20 Willkommensbündnisse sowie Integrationsbeiräte und einen Arbeitskreis Asyl. Der Aufbau von Ehrenamtsstrukturen wird dabei maßgeblich durch die Unterstützer\_innenschulungen der AG Asylsuchende gewährleistet, ein Projekt, welches über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und dem Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) gefördert wird. Zudem übernehmen die Caritas sowie die AG Asylsuchende die Koordination des Ehrenamts im Landkreis. Die Arbeit auf kreislicher Ebene konzentriert sich hauptsächlich auf die beiden Netzwerke „Migration Pirna“ und „Migration Freital“.

## 3.4. Landkreis Meißen

Am 26.05.2015 und 31.8.2015 besuchten die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour den Landkreis Meißen. Stationen waren der Besuch einer zentralen sowie einer dezentralen Unterkunft in Riesa und einer Notunterkunft in Meißen. Begleitet wurde dies durch ein Fachgespräch mit den Willkommensbündnissen im Landkreis und Geflüchteten, an dem auch MdB Dr. André Hahn, MdL Juliane Nagel, MdL Kerstin Lauterbach, MdL Sebastian Scheel, der damalige Sozialdezernent Ulrich Zimmermann vom Landratsamt Meißen, Vertreter\_innen der Diakonie sowie Orts-, Stadt- und Kreisräte teilnahmen.

### Verwaltung



Die Koordinierung des Themas Asyl im Landkreis Meißen erfolgte bisher in Verantwortung des Sozialdezernenten. Hierfür wurde eine AG Asyl im Landratsamt gemeinsam mit den Kreistagsfraktionen eingerichtet. Ab 2016 plant der Landkreis ein Amt für Asylangelegenheiten einzurichten und die Verantwortung für dieses Thema dort zu bündeln und zu koordinieren.

### Integrationskonzept



Der Entwurf eines Integrationskonzeptes wurde vom Landkreis entwickelt, gelangte jedoch nicht zur Realisierung, da die zugrunde gelegte Finanzierung aus EU-Mitteln nicht erfolgte.

### Kommunikationskonzept



Bürger\_innenversammlungen in den Orten sowie die Mediationsarbeit im Wohnumfeld durch die Diakonie sind Beispiele für eine systematische Kommunikation, wenngleich kein beschlossenes Konzept vorliegt.

### Unterbringungskonzept



Der Landkreis verfügt über ein durch den Kreistag 2015 aktualisiertes und beschlossenes Unterbringungskonzept. Dieses enthält Festlegungen zur gleichmäßigen regionalen Verteilung der Geflüchteten sowie für die Einrichtung von Sammelunterkünften und die Anmietung dezentraler Wohnunterkünfte. Der Kreis favorisiert dezentrale Unterkünfte, kleinteilige Heime oder Wohnblöcke mit angemieteten Wohnungen. Familien werden nach Ankunft im Landkreis sofort in Wohnungen untergebracht. Gegenwärtig sind im Landkreis ca. 1/3 der Geflüchteten zentral in Sammelunterkünften und ca. 2/3 in dezentralen Wohnformen untergebracht.

### Betreiberstrukturen



Die Betreuung von Asylunterkünften wird vom Landkreis ausgeschrieben. Ein wesentlicher Betreiber ist bspw. die Radebeuler Immobilienbetreuungs-, Tourismus- und Beherbergungsgesellschaft ITB-Dresden GmbH.

**Meißen:** Ausstellung „Fluchtschicksale“  
in der Meißener Altstadt.





Meißen: Abendbrot und Gespräch mit Geflüchteten in einer Notunterkunft.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit



Die Betreuung von Asylunterkünften und die soziale Betreuung sind im Landkreis klar getrennt. Das Diakonische Werk ist mit der Flüchtlingssozialarbeit im gesamten Landkreis beauftragt. Die Diakonie arbeitet nach einem fachlich fundierten Betreuungskonzept. Damit sind die Grundlagen für eine professionelle, klientenorientierte, soziale Betreuung gelegt. Der Betreuungsschlüssel von 1:150 wurde jedoch im Landkreis zum Teil deutlich überschritten. So waren im August 2015 bspw. zwei Sozialarbeiter\_innen für 404 Geflüchtete in der Stadt Meißen tätig. Die gute Quote der dezentralen Unterkünfte bedingt einen hohen Grad an Mobilität für die soziale Betreuung. Der Landkreis verfügt über wenig Ressourcen für psychisch kranke und traumatisierte Asylsuchende.

## Sprachkurse



Sprachkurse werden im Wesentlichen mit Hilfe von Ehrenamtlichen durch die Willkommensbündnisse bzw. die Kommunen organisiert und durchgeführt. Die Sozialbetreuer\_innen im Landkreis beklagten den Mangel an regulären Sprachkursen mit lebenspraktischen Inhalten vom ersten Tag des Aufenthaltes im Landkreis. Die finanzielle Unterstützung für Unterrichtsräume, Schul- und Arbeitsmaterial erfolgt zu großen Teilen auf Spendenbasis. Im Landkreis fehlt es an notwendigen Sprachmittler\_innen.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit



Die Diakonie übernimmt die Vermittlung in Kita-Plätze. Hierbei gibt es derzeit, ausgenommen regionaler Kapazitätsunterschiede, keine akuten Probleme. Der Landkreis

stellt momentan 28 Plätze in Arbeitsgelegenheiten im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes §5 zur Verfügung.

## Gesundheitsleistung



Behandlungsscheine für die ärztliche Behandlung von Geflüchteten, die Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, werden in der Regel dezentral durch die Sozialarbeiter\_innen ausgegeben. Ob die Voraussetzungen vorliegen, wird im Rahmen einer individuellen persönlichen Beratung geklärt. Eine Gesundheitskarte gibt es nicht.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Im Landkreis ist u.a. das Willkommensbündnis „Buntes Meißen“ und „Buntes Radebeul“ sehr aktiv. In Riesa werden ehrenamtliche Aktivitäten über die Netzwerkstelle Riesa beim Verein Sprungbrett e.V. im Rahmen des Aktionsbündnis „Riesaer Appell“ koordiniert. Auch die Diakonie unterstützt, fördert und initiiert lokale ehrenamtliche Arbeit im Landkreis. Eine landkreisweite Vernetzung findet noch nicht statt. Im Landkreis Meißen gab es 2015 u.a. Angriffe und Bedrohungen der freiwilligen Helfer\_innen der Willkommensinitiativen und der Mitarbeiter\_innen des THW und DRK. Zudem kam es zu Protesten gegen geplante und eingerichtete Unterkünfte. Herausgehoben werden muss ein Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Meißen, welches für die Unterbringung von Geflüchteten vorgesehen war.

## 3.5. Mittelsachsen

Im Landkreis Mittelsachsen waren als Teilnehmer\_innen der Willkommenstour vom 26. bis 29. Mai 2015 u. a. die Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst, die Bundestagsabgeordneten Jörn Wunderlich und Frank Tempel sowie die Landtagsabgeordneten Jana Pinka, Falk Neubert und Juliane

Nagel unterwegs. Neben der Ausrichtung einer Dankeschön-Veranstaltung für Helfer\_innen aus den Willkommensbündnissen in Freiberg und einer Diskussionsveranstaltung bei Treibhaus e. V. in Döbeln, besuchten die Teilnehmer\_innen eine Sammelunterkunft und Wohnungen in Döbeln sowie Sammelunterkünfte in Rochlitz, Roßwein und Freiberg. In Roßwein wurden zudem Gespräche mit Vertreter\_innen der Landratsverwaltung geführt und im Jugendhaus ein Willkommensfest mit Geflüchteten veranstaltet. Im Vordergrund dieses Festes stand das gegenseitige Kennenlernen in ungezwungener Atmosphäre. Darüber hinaus wurde das Fest für ein Podiumsgespräch mit Vertreter\_innen der Stadt, des Willkommensbündnisses und Landtagsabgeordneten genutzt.



eine Umstrukturierung im Landratsamt statt. So wurde im Oktober 2015 eine Stabsstelle Asyl unter neuer Leitung geschaffen, die alle mit dem Thema verbunden

Aufgaben für den Landkreis koordinieren soll. Die Ausländerbehörde im Landkreis sitzt in Freiberg und verfügt über keine dezentrale Außenstellen. Das bedeutet oftmals weite, teure und beschwerliche Wege für Asylsuchende, die ihre Angelegenheiten regeln müssen. Lediglich die Barauszahlung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erfolgt auch in den Asylunterkünften vor Ort. Mitarbeiter\_innen der Landratsverwaltung bieten teilweise im Rahmen dieser Auszahlungen auch Sprechzeiten zur Klärung verwaltungstechnischer Fragen an. Die Verwaltung prüft derzeit, ob auch an anderen Verwaltungsstandorten des Landkreises die Auszahlungen am Kassenautomaten möglich sind. Die anzustrebende dezentrale Unterbringung in den Orten des Landkreises stellt die Verwaltung vor zusätzliche Probleme.

### Verwaltung



Seit März 2015 existieren ein Koordinierungsstab Asyl unter der Führung des Landrates und eine zentrale Ausländerbehörde für den Landkreis in Freiberg. Ein konzeptionelles Vorgehen auf der Ebene der Landkreisverwaltung war im Mai 2015 nicht ersichtlich. Nach der Neubesetzung des Landratspostens im Juni 2015 fand

### Integrationskonzept



Ein Integrationskonzept wurde im Landkreis politisch diskutiert, jedoch lehnten die CDU-Landräte vor und nach der Wahl am 7. Juni 2015 die Einführung eines solchen Konzeptes ab.

### Kommunikationskonzept



Ein verfasstes Kommunikationskonzept ist für den Landkreis nicht bekannt.

## Unterbringungskonzept

Im Landkreis ist kein vom Kreistag beschlossenes Unterbringungskonzept zur strategischen Planung und Koordination von zentraler und dezentraler Unterbringung vorhanden. Grundsätzlich verzeichnet der Kreis eine niedrige Quote von unter 10 Prozent hinsichtlich dezentraler Unterbringung, wobei zunehmend Wohnprojekte bzw. Wohnhäuser als Sammelunterkünfte (z.B. Döbeln und Frankenberg) genutzt werden.

## Betreiberstrukturen

Betreiber die Sammelunterkunft in Döbeln ist die Human-Care GmbH aus Bremen und für die Unterkunft in Freiberg die zur IF Immobilien AG & Co Holding KG gehörende Freiburger Immobilienfirma Campanet GmbH. Mit der Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung Freiberg mbH (GSQ) verfügt der Kreis über einen zunehmenden zentralen Akteur bei der Unterbringung von Geflüchteten. Die GSQ soll dabei geeignete Objekte und Räumlichkeiten mieten. Diese wurde von einer ehemaligen Arbeitsmarktintegrationsgesellschaft in eine kommunale Betreibergesellschaft für Flüchtlingsunterkünfte umgewandelt. Die von der GSQ betriebenen Unterkünfte in Roßwein und Rochlitz sind durch einen Dienstleistungsvertrag mit der Diakonie verbunden. Neben den beiden genannten Unterkünften übernahm die GSQ in den letzten Monaten auch Asylunterkünfte in Brand-Erbisdorf, Flöha, Lunzenau, Hainichen, Döbeln und die Wohnprojekte in Frankenberg, Waldheim sowie dezentral die ersten Wohnungen in Freiberg und zukünftig in Hartha. Auch in den folgenden Monaten wird die landkreiseigene Gesellschaft weitere Unterkünfte übernehmen. Hierbei ist positiv zu vermerken, dass die Betreiberverträge, mit denen die GSQ

durch den Landkreis beauftragt wird, das Abtreten der sozialen Betreuung an professionelle Dritte beinhalten.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Sozialarbeiter\_innen sind in den Unterkünften vorhanden. Der Landkreis verfügt über keinen systematisierten und standardisierten eigenen Schlüssel für die soziale Arbeit in den Unterkünften. Die soziale Betreuung wird über die Betreiberverträge abgesichert und liegt in der Regel bei 1:130/150. Zudem mangelt es an transparenten Qualitätsanforderungen für das entsprechende Fachpersonal. Die Sozialarbeiter\_innen sind in der Regel direkt bei den Betreibern (Immobilienfirmen) der Unterbringungen angestellt, was eine ausreichende fachliche und inhaltliche Abgrenzung dieser vom Kerngeschäft der Betreiber erschwert. Eine positive Ausnahme im Landkreis bildet die Betreiberstruktur für die Unterkünfte in Roßwein und Rochlitz. Die landkreiseigene Gesellschaft grenzt die Organisation der Unterkunft vom Handlungsfeld der sozialen Arbeit klar ab, die wiederum vom Diakonischen Werk übernommen wird. Es findet keine vom Landkreis koordinierte psychologische Begleitung von traumatisierten Geflüchteten statt. Zudem fehlen Kriseninterventionsteams oder auch präventive Maßnahmen zur Konfliktbewältigung.

## Sprachkurse

Sprachkurse für Geflüchtete werden in Mittelsachsen in der Regel ehrenamtlich organisiert und durchgeführt. Zusätzlich werden kostenpflichtige Kurse an den Volkshochschulen im Landkreis angeboten.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit



Ein Rechtsanspruch auf Kita-Plätze besteht auch für Asylsuchende. Hier sind besonders in den Städten wie Freiberg temporäre Engpässe zu verzeichnen. Der Zugang für Asylsuchende zu Berufsschulen ist im Landkreis nicht einheitlich geregelt. Der Zugang für berufsschulpflichtige asylsuchende Jugendliche ist jedoch grundsätzlich gewährleistet. Eine Beschränkung für die Aufnahme in die Vorbereitungsklassen liegt in der Regel bei 27 Jahren. Der Zugang wird in einigen Orten des Landkreises, so bspw. in Döbeln bis zum 21. Lebensjahr und in Freiberg bis zum 25. Lebensjahr beschränkt. Angebote mit Sprachförderung bestehen u.a. an den Berufsschulen in Mittweida und in Freiberg. In der Praxis stellen die langen Wege und die Überleitung der Jugendlichen in diese Angebote ein Problem dar. Die Fahrtkosten für die Schüler\_innen der DAZ-Klassen werden vom Landkreis erstattet. Grundlage dafür ist die gültige Schülerbeförderungssatzung des Verkehrsverbundes Mittelsachsen.

Strukturen (Nationale Sozialisten, JN Mittelsachsen). Auf der anderen Seite findet sich eine engagierte Zivilgesellschaft aus Vereinen, Kirche und einzelnen politischen Akteur\_innen. Besorgniserregend sind die seit Dezember 2014 zunehmenden Übergriffe auf Geflüchtete und Asylunterkünfte wie etwa Sprengstoffanschläge in Brand-Erbisdorf und Freiberg. Als herausragend kann das Bündnis „Willkommen in Roßwein“ bezeichnet werden. Dieses hat in kürzester Zeit umfängliche Unterstützungsstrukturen für die Geflüchteten aufgebaut. Auch in Freiberg, Brand-Erbisdorf, Rochlitz, Döbeln und weiteren Orten im Landkreis gibt es engagierte Willkommensinitiativen. Bereits 2008 wurde das Netzwerk Migration Landkreis Mittelsachsen gegründet. Eine Koordination der Initiativen und Bündnisse auf Landkreisebene gibt es derzeit trotzdem nicht. Der Landkreis hat den Antrag auf die koordinierende Fachkraft für Integration gestellt. Gegenwärtig kümmern sich zwei Mitarbeiter\_innen um die Erfassung der ehrenamtlichen Deutschlehrer\_innen und Deutschlehrer.

## Gesundheitsleistung



Eine Entbürokratisierung der Gesundheitsversorgung für Asylsuchende durch eine Gesundheitskarte gibt es nicht. Behandlungsscheine für die ärztliche Behandlung erhalten Geflüchtete in der Ausländerbehörde des Landkreises und teilweise auch über die Sozialarbeiter\_innen in den Asylunterkünften.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Wie auch in anderen Landkreisen zeigte sich, dass das gesellschaftliche Klima zwiespalten ist. Auf der einen Seite gibt es im Landkreis seit vielen Jahren rechte



NICHT  
BSEIN!  
HABE  
JOGHURT  
TICKSACK.

**Roßwein:** Gespräch mit Vertreter\_innen der Landratsverwaltung Mittelsachsen vor einer Unterkunft für Geflüchtete.

## 3.6. Erzgebirgskreis

Vom 19. bis 21. August 2015 und am 16. September 2015 waren die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour im Landkreis Erzgebirge unterwegs. Mit dabei waren u. a. die Europaabgeordnete Cornelia Ernst, der Bundestagsabgeordnete Jörn Wunderlich die Landtagsabgeordneten Rico Gebhardt, Juliane Nagel, Klaus Tischendorf sowie Vertreter\_innen unserer Stadt- und Kreistagsfraktionen. Neben der öffentlichen Ausstellung zum Thema „Fluchtgeschichten“ in Aue, Schneeberg, Marienberg und Annaberg besuchten die Teilnehmer\_innen Sammelunterkünfte in Aue, Drehbach und die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Schneeberg. Im Rahmen des Besuches der EAE gab es u.a. ein Fachgespräch mit dem Präsidenten der Landesdirektion Herrn Gökelmann. Am 16. September 2015 wurde eine Diskussionsveranstaltung in der „Alten Brauerei“ in Annaberg zum Thema Asyl mit mehr als 150 Teilnehmer\_innen durchgeführt. Im Podium saßen neben dem Bundestagsabgeordneten Jörn Wunderlich und der Landtagsabgeordneten Juliane Nagel, der Landrat Frank Vogel, der Sozial-Bürgermeister der Stadt Annaberg Thomas Procksch, Koordinatorin des Netzwerkes Migration Aue-Schwarzenberg Angela Klier und Vertreter\_innen der Arbeitsagentur.



tion der unteren Unterbringungsbehörde und der Sozialkoordinatorin des Landkreises. Für Integrationsangebote ist der ehrenamtliche Ausländerbeauftragte des Landkreises verantwortlich.

Im März 2015 wurde auf Beschluss des Kreistages im Erzgebirgskreis ein Beirat für Asyl und Flüchtlinge gegründet, welcher es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich in der Bevölkerung für die Akzeptanz von Asylsuchenden und deren Unterbringung einzusetzen sowie Unterstützung für Asylsuchende in den Belangen ihres Alltags anzubieten. Der Beirat setzt sich zusammen aus dem ehrenamtlichen Integrations- und Ausländerbeauftragten des Erzgebirgskreises Herrn Roscher, zwei Vertreter\_innen des Kreisverbandes des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, einem/einer Vertreter\_in der Kirchen und je einem/einer Vertreter\_in der vertraglich gebundenen Partner für die Sozialbetreuung der Asylsuchenden. Zudem entsendet jede Kreistagsfraktion je ein Mitglied. Der Beirat ist gegründet als nichtöffentliches Arbeitsgremium. Des Weiteren wurde auf die steigende Zahl von Flüchtlingen durch eine Aufstockung der Personalstellen innerhalb der Verwaltung reagiert. Positiv zu erwähnen ist, dass der Landkreis eine aktuelle Orientierungsbroschüre für Geflüchtete in verschiedenen Sprachen zur Verfügung stellt.

### Verwaltung



Koordiniert wird die Unterbringung der Geflüchteten durch die Sachgebietslei-

### Integrationskonzept



Für den Erzgebirgskreis existiert ein Integrationskonzept, das als Entwurf durch verschiedene Initiativen ausgearbeitet, je-

doch bisher nicht vom Kreistag beschlossen wurde.

## Kommunikationskonzept

Ein Kommunikationskonzept ist für den Erzgebirgskreis nicht vorhanden.

## Unterbringungskonzept

Ein beschlossenes Unterbringungskonzept des Landkreises existiert nicht. Die Verteilung von Asylsuchenden wird jedoch grundsätzlich über einen festgelegten Schlüssel organisiert. Manche Kommunen des Landkreises können jedoch aus Mangel an kommunalem Wohneigentum keine Geflüchteten aufnehmen. Momentan liegt die Quote dezentraler Unterbringung bei 75%. Dies ist vor allem ein Verdienst des Ausländerbeauftragten und der Kirchlichen Erwerbsloseninitiative Zschopau und ist zudem durch die Dezentralität des Landkreises bedingt. Grundsätzlicher Gedanke ist, die Sammelunterkünfte gezielt als Ort einer ersten Orientierung zu nutzen. Demnach wohnen zunächst alle Neankömmlinge in einer zentralen Unterbringung, wobei eine zügige Verteilung in Wohnungen im Landkreis angestrebt wird. Im November 2015 existieren im Erzgebirgskreis sechs zentrale Unterkünfte, wobei vier weitere zentrale Unterbringungsmöglichkeiten geplant sind.

## Betreiberstrukturen

Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte sind sowohl die untere Unterbringungsbehörde als auch private Betreiber im Auftrag der unteren Unterbringungsbehörde (z.B. die ITB-Dresden GmbH, Immobilienbetreuungs- Tourismus- und Beherbergungsgesellschaft in Drebach). Die in Schneeberg befindliche Außenstelle der Erstaufnahme-

einrichtung der Zentralen Ausländerbehörde liegt in der Zuständigkeit der Landesdirektion Sachsen und untersteht nicht der Trägerschaft des Landkreises.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Sozialarbeiter\_innen sind in den Unterkünften nicht stringent vorhanden. Es existieren keine transparenten Qualifikationsanforderungen. In den Sammelunterkünften sind die Sozialarbeiter\_innen direkt beim Träger angestellt, wodurch die Gefahr einer mangelnden Abgrenzung und Fachlichkeit besteht. Bei dezentraler Unterbringung wird die soziale Betreuung über Anlaufstellen (freie Trägere, HELP ev. usw.) bereitgestellt. Der Schlüssel beträgt hier 1:120. Seit dem 01.09.2015 sind drei Sozialarbeiter\_innen für die Flüchtlingssozialarbeit in der Verwaltung eingestellt.

## Sprachkurse

Sprachkurse werden bisher lediglich als reines Ehrenamt bereitgestellt und können in ihrer geringen Zahl keinesfalls den Bedarf decken.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit

Der Zugang zu Berufsschulen ist im Landkreis nur für unter 25-jährige möglich, während laut Landesregelung der Zugang bis zu einem Alter von 27 Jahren gewährleistet sein soll. Ein allgemeiner Lehrermangel für die Beschulung von Geflüchteten eröffnet eine weitere Problemlage, die nicht zuletzt auch einen allgemeinen Qualifizierungsbedarf beim Umgang mit Geflüchteten einschließt.

## Gesundheitsleistung



Der Bezug von Behandlungsscheinen zur ärztlichen Behandlung der Asylsuchenden erfolgt zentral über die Ausländerbehörde. Das bedeutet oftmals einen erhöhten Aufwand für die Geflüchteten. Ein weiteres akutes Problem liegt im Ärztemangel, sodass keine Ressourcen für die notwendige psychologische Behandlung und Traumatherapie von Geflüchteten vorhanden sind.

(u. a. Hauptamtliche aus Beratungsstellen, Heimleitungen, Sozialarbeiter\_innen, Landkreisverwaltung, Stadtverwaltung Aue, die Volkshochschule, der Koordinator der Diakonie, die DAZ-Lehrer\_innen des Standortes Aue sowie hin und wieder die Bildungsagentur Chemnitz und der zweite, als auch erste ehrenamtliche Ausländerbeauftragte, Vertreter\_innen der Kirchen, Pressevertreter).

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Im gesamten Erzgebirgskreis kommt es in regelmäßigen Abständen zu Anti-Asylkundgebungen, bei denen sich durchschnittlich mehrere hundert Menschen zusammenfinden, um gegen die Asylpolitik und die Errichtung von Asylunterkünften zu demonstrieren (z.B. im Oktober in Johanngeorgenstadt, Stollberg, Burkhardtsdorf). Zum Teil werden diese Kundgebungen durch die NPD selbst initiiert. Nicht selten kommt es außerdem zu fremdenfeindlichen Übergriffen wie bspw. in Bockau, wo Unbekannte Steine gegen die Fassade eines Hauses warfen, in dem auch Asylsuchende untergebracht sind. Aufgrund der Vielzahl an Protestbewegungen fällt es den Willkommensinitiativen oft schwer, beständig Zeichen zu setzen. Nichtsdestotrotz gibt es positive Fortschritte innerhalb der Vernetzung. So gründete sich im Oktober 2015 eine Allianz für Integration im Erzgebirgskreis, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Maßnahmen zur Integration zu strukturieren und zu vernetzen. In diesem Zusammenhang gab es bereits im November ein Treffen, das die Vernetzung von Sprach- und Integrationskursen sowie die Integration von Geflüchteten in Arbeit vorantrieb. Des Weiteren gibt es einen Runden Tisch als Teil des Netzwerkes Migration Aue-Schwarzenberg, an dem verschiedene Akteure teilnehmen



**Schneeberg:** Diskussion mit Geflüchteten an der Erstaufnahmeeinrichtung.

## 3.7. Vogtlandkreis

Am 3. und 4. Juni 2015 besuchten die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour den Vogtlandkreis. Stationen waren die Sammelunterkünfte in der Kasernenstraße und der Pausaer Straße in Plauen und die dezentrale Unterkunft in Netzschkau. Es gab dabei unter anderem Gespräche mit der Dezernentin für Recht, Ordnung und Sicherheit Frau Uhlenhaut, der Gleichstellungs-, Integrations- und Frauenbeauftragten Frau Glitzner und dem Bürgermeister von Netzschkau Herrn Purfürst. Zusätzlich fanden Gespräche mit den Sozialarbeiter\_innen in den Einrichtungen z.B. der Kasernenstraße statt. Außerdem gab es ein Treffen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Flüchtlingsarbeit: dem Refugee Support Plauen und dem Eine Welt Verein. Die Besuche und Gespräche wurden begleitet u.a. von dem Bundestagsabgeordneten Jörn Wunderlich, der Landtagsabgeordneten Janina Pfau sowie Kreis- und Stadträt\_innen.



bäude- und Immobilienmanagement des Landkreises.

Der Kreistag wird über Informationsvorlagen informiert, hat aber keine Entscheidungsbefugnisse z.B.

über die Betreibung von Einrichtungen. Eine Stelle „Koordinationskraft Integration“ wurde ausgeschrieben.

Die Gespräche vor Ort haben ergeben, dass die Kommunikation zwischen Integrationsbeauftragter und dem Landratsamt nicht vollumfänglich zufriedenstellend ist. Die Integrationsbeauftragte ist zudem gleichzeitig für die Bereiche Gleichstellung und Frauen verantwortlich. Für ihre Arbeit im Bereich Asyl hat sie das Netzwerk „Migration und Flüchtlinge“ ins Leben gerufen, das sich einmal im Quartal trifft. Zu den Netzwerktreffen kommen regelmäßig Freie Träger, Vertreter\_innen der ARGE, Deutschlehrer\_innen, Vertreter\_innen von Schulen mit DaZ-Klassen, ehrenamtlich Tätige, interessierte Arbeitgeber, Vertreter\_innen von Kirchen und Initiativen zum Informationsaustausch zusammen.

### Verwaltung



Die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden erfolgt in eigener Zuständigkeit des Landratsamtes. Dazu wurde eine AG Asyl gebildet, in der Mitarbeiter\_innen aus allen Bereichen des Landratsamtes, die das Thema betrifft, zusammenarbeiten (Ausländerbehörde, Gebäude- und Immobilienmanagement, Abteilung zentrale Dienste). Ansprechpartner\_innen sind die Leiterin des Dezernates für Recht, Ordnung und Sicherheit sowie das Ge-

### Integrationskonzept



Ein Integrationskonzept des Landkreises existiert nicht.

### Kommunikationskonzept



Ein Kommunikationskonzept ist für den Vogtlandkreis nicht vorhanden.

Auf der Internetseite des Landkreises können über den Reiter „Asyl im Vogtlandkreis“ aktuelle Informationen abgerufen werden, so u.a. gesetzliche Regelungen,

Meldungen aus dem Freistaat und dem BAMF, Ansprechpartner\_innen, Faltblätter etc. In den Kreistagssitzungen wird in öffentlicher Sitzung über das Thema informiert.

## Unterbringungskonzept

Die Unterbringung wird durch das Landratsamt gesteuert, ein Unterbringungskonzept ist nicht vorhanden. Der Schwerpunkt liegt auf dezentraler Unterbringung in Wohnungen und WG-Häusern. Diese werden durch das Gebäude- und Immobilienmanagement angemietet und sind im gesamten Landkreis verteilt. Pro Monat werden derzeit zwischen 200-250 Wohnungen angemietet. Nicht alle Wohnungen sind voll belegt, da sich um Beachtung der Nationalitäten bemüht wird. Außerdem werden zusätzliche Notquartiere in Schulen und Turnhallen eingerichtet, um höhere Zuweisungen als ursprünglich bekannt gegeben abfangen zu können.

Im Vogtlandkreis gibt es außerdem zwei Sammelunterkünfte als Übergangwohnheim mit insgesamt 326 Plätzen. Familien werden nach Möglichkeit sofort dezentral untergebracht.

Mit Stand September lebten 324 Menschen in den beiden Sammelunterkünften und 1054 in Wohnungen. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (uMA) stehen in vier Einrichtungen insgesamt 62 Aufnahmeplätze und acht Notplätze zur Verfügung. Hauptstandort für die Unterbringung der uMA ist Rodewisch. Mitte November waren dort 34 uMA untergebracht, perspektivisch werden 60 Plätze geschaffen.

## Betreiberstrukturen

Die Sammelunterkünfte des Landkreises in Plauen werden durch die Stadt Plauen betrieben. Die Einrichtung für die uMA in Rodewisch betreibt die SBW Vogtlandkreis

gGmbH. Die dezentrale Unterbringung in Netzschkau wird vom Eine Welt Verein betrieben.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Die Betreuung der Geflüchteten erfolgt in eigener Zuständigkeit des Landratsamtes. In den Übergangwohnheimen in Plauen sind drei Sozialarbeiter\_innen über das Landratsamt angestellt. Die Betreuung in den anderen Unterkünften erfolgt ehrenamtlich. Insgesamt sind acht Sozialarbeiter\_innen beim Landkreis angestellt. Weitere Fachkräfte werden gesucht, die Stellen sind ausgeschrieben. Das Landratsamt orientiert sich bei der Betreuung am vom Freistaat vorgegebenen Schlüssel von 1:150. In Netzschkau erfolgt die soziale Betreuung komplett ehrenamtlich durch die Mitglieder des Eine Welt Vereins. Der Arbeitskreis Migration und Integration (AMIN), das Diakonische Werk Auerbach, der Isl - Integration statt Isolation e.V., Refugee Support Plauen, das Familienzentrum Markneukirchen und die Mehrgenerationenhäuser in Oelsnitz und Plauen bieten ebenfalls soziale Betreuung in Form von Willkommenscafés, Alltagsbegleitung bzw. Familienpatenschaften an. Über die Ausländerbeauftragte der Stadt Plauen, sollen „Integrationslotsen“ aufgebaut werden. Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unterstehen der Betreuung durch das Jugendamt. In Rodewisch wurden drei Syrer mit guten Deutschkenntnissen vom Jobcenter als Betreuer und Dolmetscher vermittelt und von der gGmbH eingestellt.

## Sprachkurse

Sprachkurse werden durch elf Bildungs- und Integrationsträger, darunter die Volkshochschulen an den Standorten Plauen, Oelsnitz, Reichenbach und Auerbach,

bedarfsgerecht im Rotationsprinzip angeboten. Viele Vereine und Initiativen bieten darüber hinaus ehrenamtlich Sprachkurse an. Für die in Rodewisch untergebrachten umA finden Kurse über die VHS statt. Für weitere 28 umA findet in der Fördergesellschaft Plauen ein Deutschkurs statt. Das Landratsamt koordiniert ehrenamtliche Anbieter von Sprachkursen.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit



Um Geflüchtete schnell in Arbeit integrieren zu können, wurde im Landkreis eine Arbeitsgruppe „Berufliche Integration für Asylbewerber und Flüchtlinge“ aus Vertreter\_innen von Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit, Ausländerbehörde und Jugendamt gebildet. Für wenige Asylsuchende laufen derzeit berufliche Anerkennungsverfahren, ebenso wurden in geringem Umfang Arbeitsgelegenheiten bei den Kommunen geschaffen.

treffens für Migration und Flüchtlinge sind weitere Vernetzungsmöglichkeiten gegeben. Ehrenamtliche Helfer\_innen können sich überdies an die Ausländerbeauftragte wenden und werden von dieser weitervermittelt. Sie führt außerdem eine Liste mit allen Angeboten der Ehrenamtler. Jedoch kommt es landkreisweit auch zu zahlreichen Aktivitäten gegen Geflüchtete und deren Unterbringung. So kam es etwa zu Protestkundgebungen, initiiert durch die rechte Partei „Der III. Weg“ vor der Sammelunterkunft in der Kasernenstraße in Plauen. Außerdem verzeichnet die Initiative „Wir sind Deutschland“ großen Zulauf. Bei ihren Sonntagsdemonstrationen finden sich u.a. offen rassistische Beiträge und fragwürdige Redner.

## Gesundheitsleistung



Die Gesundheitsleistung erfolgt per in der Ausländerbehörde erhältlichem Behandlungsschein. Der Antrag der LINKEN für eine Gesundheitskarte auf Kreisebene schaffte es nicht auf die Tagesordnung des Kreistages.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Im Vogtlandkreis werden Ehrenamtliche für die Betreuung von Asylsuchenden registriert und koordiniert. Für die Koordination und Vermittlung von sozialer Betreuung und Spenden wurden 17 Stützpunkte in den Sozialregionen Unteres und Oberes Göltzschtal, Oberes Vogtland und Plauen geschaffen. Im Rahmen des Netzwerk-



**Plauen:** Willkommensfest von DIE LINKE für Geflüchtete in der Plauener Innenstadt.

## 3.8. Landkreis Zwickau

Am 26.5.2015 waren die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour u.a. mit den Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann und Jörn Wunderlich und den Landtagsabgeordneten Horst Wehner und Juliane Nagel im Landkreis Zwickau unterwegs. Stationen waren ein Besuch der Sammelunterkunft in Glauchau und ein Gespräch mit dem Heimbetreiber, der Heimleitung und Geflüchteten vor Ort. In einem Fachgespräch mit dem Landrat Dr. Scheurer, dem Glauchauer Oberbürgermeister Dr. Peter Dresler, dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion DIE LINKE Jürgen Blume, dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion Glauchau Andreas Salzwedel sowie Vertreter\_innen von Kulturknall e.V. wurde die Situation im Landkreis diskutiert.



### Integrationskonzept



Der Landkreis verfügt über kein beschlossenes Integrationskonzept. Ein entsprechender Entwurf der Ausländerbeauftragten des Landkreises liegt seit September 2015 vor, wurde jedoch noch nicht mit den Dezernaten der Verwaltung abgestimmt. Eine Weiterbehandlung durch den Kreistag steht noch aus.

### Kommunikationskonzept



Über ein verfasstes Kommunikationskonzept verfügt der Landkreis nicht. Die Kreisräte werden jedoch regelmäßig über Informationsvorlagen durch die Verwaltung informiert und es werden Anwohnerversammlungen im Vorfeld der Neueinrichtung von Asylunterkünften durchgeführt.

### Verwaltung



Das Landratsamt hat eine Kontaktstelle Asyl eingerichtet. Ab Dezember 2015 nimmt eine Koordinierungsfachkraft für soziale Integration und Partizipation, gefördert durch die Richtlinie „Integrative Maßnahmen“, ihre Arbeit auf. Im Sozialamt des Landkreises wurde zudem ein neues Sachgebiet mit den Aufgabenschwerpunkten Asylbewerberleistungen, Vertrags- und Unterbringungsmanagement und Integration geschaffen. Das Sachgebiet besteht aus einer Planstelle für die Teamleitung und vier Sachbearbeiter\_innen. Im Landkreis arbeitet zudem eine Ausländerbeauftragte, die direkt dem Landrat unterstellt ist.

### Unterbringungskonzept



Die Landkreisverwaltung Zwickau besitzt ein Unterbringungskonzept, welches jedoch nicht vom Kreistag beschlossen wurde. Im Wesentlichen wird mit diesem Konzept die Verteilung der Asylsuchenden im Landkreis nach Sozialräumen gesteuert und geplant. Mit Stand September 2015 verfügte der Landkreis über Kapazitäten in Höhe von 695 Plätzen in Sammelunterkünften, 239 Plätzen in Notunterkünften und über 795 Plätzen in sogenannten „dezentral betriebenen Gemeinschaftsunterkünften“ bzw. Wohnprojekten. Die Kapazitäten in den Wohnprojekten sind bis Ende 2015 auf 1.024 Plätze erweiterbar. Das Verhältnis zwischen klassischen Sammel-

unterkünften und Notunterkünften auf der einen Seite und dezentralen Unterkünften bzw. Wohnprojekten auf der anderen Seite liegt bei 54 zu 46 Prozent.

## Betreiberstrukturen

Der Kreis hat neben zahlreichen Sammelunterkünften auch Wohnprojekte eingerichtet. Zu diesem Zweck werden u.a. Wohnungen vom Betreiber bei der Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau angemietet. Wichtige Betreiber sind neben der European Homecare GmbH, das Diakonische Werk, der Regionalverband Zwickau/Vogtland der Johanniter Unfallhilfe e.V., der AWO Kreisverband Zwickau e.V. und der DRK Kreisverband Zwickau e.V..

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Die Betreuung von Geflüchteten in den Unterkünften erfolgt in der Regel in Verantwortung der beauftragten Betreiber der Unterkünfte. Nicht in jedem Fall wird diese durch ausgebildete Sozialarbeiter\_innen abgesichert und ist nicht im ausreichenden Maß fachlich von den Aufgaben der Betreiber abgegrenzt. Dies stellt sich insbesondere in den Fällen als problematisch dar, in denen die Unterkünfte nicht von erfahrenen Trägern der sozialen Arbeit geführt werden. Der Betreuungsschlüssel für dezentrale Asylunterkünfte liegt im Landkreis bei ca. 1:100 und in Sammelunterkünften bei 1:150.

## Sprachkurse

Sprachkurse für Geflüchtete werden im Landkreis Zwickau in der Regel ehrenamtlich organisiert und durchgeführt und stellen oftmals die einzigen dezentralen Angebote vor Ort dar. Zum Beispiel organisiert

der Kulturknall e.V. in Glauchau entsprechende Kurse. Die Volkshochschule bietet „Deutsch als Fremdsprache“, jedoch keine speziellen Kurse für Asylsuchende an. Zudem werden Sprachkurse und Integrationskurse im Auftrag des BAMF mit einer Kostenbeteiligung von 1,20 Euro pro Unterrichtsstunde zumeist in Zwickau angeboten. Anbieter von Deutsch- und Integrationskursen sind u.a. die Euroschulen, die Benediktsschule und das Integrationswerk Westsachsen.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit

Im Landkreis stehen im Kita-Bereich ausreichende Kapazitäten zur Verfügung. Freie Kapazitäten bestehen ebenfalls in den DaZ-Klassen (16 Klassen in Grundschulen, 15 Klassen in Oberschulen). Die Kosten für Schülerbeförderung trägt der Landkreis (ÖPNV oder Taxi-Transport). Einige Kommunen bieten Geflüchteten Arbeitsgelegenheiten auf 1,05 Euro Basis an, so bspw. in Glauchau, Crimmitschau und Werdau.

## Gesundheitsleistung

Behandlungsscheine für die ärztliche Behandlung werden Asylsuchenden, die Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, nur zentral im Sozialamt in Zwickau ausgegeben.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft

Im gesamten Landkreis gab es 2015 zahlreiche Demonstrationen gegen die aktuelle Asylpolitik. In Crimmitschau kam es zudem in der Nacht vom 11.11. zum 12.11.2015 zu einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus mit einer dezentralen Unter-

kunft. Dem gegenüber stehen jedoch auch zahlreiche Initiativen zur Unterstützung von Asylsuchenden. So organisiert bspw. die Kinderhilfe Lichtenstein, Kulturknall e.V. in Glauchau, Helferkreise in Limbach-Oberfrohna und Zwickau entsprechende Unterstützungs- und Freizeitangebote. Der Landkreis beschäftigt auf einer vollen Planstelle eine Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte, die auch die ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Landkreis koordiniert. Im Oktober 2015 wurde gemeinsam mit dem Koordinierungsbüro des Bündnisses für Demokratie und Toleranz das erste Netzwerktreffen aller Wohnprojekte und Helferkreise für Geflüchtete im Landkreis Zwickau durchgeführt.





## 3.9. Landkreis Leipzig

Am 18. Mai und vom 20. bis 21. Oktober 2015 waren die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour im Landkreis Leipzig unterwegs. Stationen waren die Erstaufnahmeunterkunft in Böhlen und die Unterkunft in Naunhof. Es gab unter anderem Gespräche mit dem Sozialdezer-



nenten Herrn Voigt und der Bornaer Oberbürgermeisterin Simone Luedtke. Zusätzlich gab es Gespräche mit Trägern der Einrichtungen. Dazu gehören u.a. die Bornaer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft, der Berufsbildungsträger BSW und der Betreiberin der Unterkunft in Naunhof. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure der Flüchtlingsarbeit wie Bon Courage e.V., der Runde Tisch Migration, das Weltoffene Geithain, das Flexible Jugendmanagement, Schüler\_innen der Flüchtlingsinitiative des Gymnasiums St. Augustin, der Uno Mondo e.V. und das Netzwerk für Demokratie und Kultur wurden in Gespräche einbezogen. Von Seite der LINKEN nahmen an der Willkommenstour im Landkreis Leipzig die Bundestagsabgeordnete Susanna Karawanskij sowie die Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz, Juliane Nagel und Marco Böhme teil.

Sachgebiet Statusan-  
gelegenheiten Aus-  
länder zuständig.  
Für die Unterbrin-  
gung und Betreu-  
ung der aktuell  
Geflüchteten gibt  
es im Ausländeramt  
das Sachgebiet Asyl-  
bewerberleistungen.

### Integrationskonzept



Ein Ablaufplan für die Integration der Asylbewerber\_innen in den Arbeitsmarkt im Landkreis Leipzig ist vorhanden. Ein direktes Integrationskonzept des Landkreises existiert dagegen nicht.

### Kommunikationskonzept



Für die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürger\_innen des Landkreises wurde eine Broschüre „Asyl im Landkreis Leipzig“ erstellt, welche diesbezügliche Fragen der einheimischen Bevölkerung beantworten soll. Außerdem finden Bürger\_innensammlungen vor Inbetriebnahme neuer Einrichtungen statt.

### Unterbringungskonzept



Ein Unterbringungskonzept ist für den Landkreis Leipzig nicht vorhanden. Die bevorzugte Unterbringungsart bildet die dezentrale Unterbringung, wobei nach Beschluss des Kreistages im Juli 2015 dafür ein Anteil von 60 Prozent angestrebt wird. Derzeit existieren acht zentrale Unterkünfte im Landkreis, in denen 42 Prozent der Geflüchteten wohnen. Die dezentrale Unterbringung liegt entsprechend bei 58 Prozent. Neuankommende Geflüchtete

### Verwaltung



Die Koordinierung des Themas Asyl im Landkreis Leipzig erfolgt in Verantwortung des Dezernat 3, welchem Dr. Voigt als Beigeordneter vorsteht. Diesem ist das Ausländeramt in Grimma zugeordnet. Dort gibt es zwei Sachgebiete. Für die bereits hier lebenden Migrant\_innen ist das

werden gleichmäßig auf die Kommunen im Landkreis verteilt. Es gibt einen Verteilerschlüssel, der sich an den Einwohner\_innen orientiert. Dieser geht von 11 Prozent für Grimma, über 7,6 Prozent für Borna bis zu 0,5 Prozent für Otterwisch. Für die Unterbringung der Asylsuchenden existiert eine Nutzungssatzung für Gemeinschaftsunterkünfte, welche Zweck, Verwaltung und Abläufe in den Unterbringungen regelt.

## Betreiberstrukturen

Die Betreuung der Unterkünfte liegt in der Hand privater Unternehmen bzw. Akteure. So betreibt etwa die ABUB (Asyl-Betreuungs- und Beherbergungsgesellschaft mbH) mit Sitz in Grimma auf Beschluss des Kreistages die Sammelunterkünfte in Borsdorf, Borna und Beucha sowie die Notunterkunft in Grimma. Ein weiterer Betreiber ist die IB Dresden GmbH, die vom Landkreis Leipzig mit der Anmietung von Wohnraum für Asylsuchende beauftragt wurde. Für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in der Pension Paulchen in Naunhof ist die CMB-Center Management Betreuung aus Belgershain zuständig.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Die soziale Betreuung im Landkreis ist auf sieben Sozialräume aufgeteilt. Sie wird organisiert von Caritas, DRK, Diakonie, ITB Dresden GmbH und Wegweiser e.V. Zusätzlich zu den in den Heimen angestellten Betreuer\_innen gibt es im Landkreis neun Flüchtlingssozialarbeiter\_innen. Die hauptamtlichen Flüchtlingssozialarbeiter\_innen sind mit der Koordinierung der ehrenamtlich Aktiven beauftragt. Der angestrebte Betreuungsschlüssel von 1:150 wird dabei maximal noch in den

Sammelunterkünften sichergestellt, kann aber gegenwärtig nicht flächendeckend eingehalten werden. Das Problem betrifft vor allem die dezentrale Unterbringung, bei der die soziale Betreuung immer auch eine aufsuchende Arbeit darstellt. Durch den hohen Betreuungsschlüssel berichteten die Flüchtlingssozialarbeiter\_innen von einer Überforderung. Erschwerend hinzu kommt, dass Beratungs- und Hilfsangebote für haupt- und ehrenamtliche Helfer\_innen zu wenig ausgebaut sind.

## Sprachkurse

Der Landkreis bezahlt Sprachkurse in den Volkshochschulen. Zusätzlich gibt es ehrenamtliche Sprachkurse. Dabei stehen sowohl die didaktischen Standards als auch die Unterstützung beim Lehrmaterial in der Kritik.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit

Trotz der Vielzahl neuer DaZ-Klassen sind diese zu voll und es existieren lange Wartelisten. Hinzu kommt, dass klare Ansprechpersonen für die Deutsch als Zweitsprache (DaZ)-Klassen fehlen. Problematisch ist die latente Überforderung der DaZ-Lehrer\_innen. In den Berufsschulen zeichnet sich ein ähnliches Bild. Vorbereitungskurse werden dort gut angenommen, aber es gibt zu wenig Plätze und ebenfalls lange Wartelisten. Es fehlt weiterhin an Ausbildungsmöglichkeiten und es mangelt an der Berufsvorbereitung. Eine Vernetzung von Arbeitsagentur, Ausländeramt, interessierten Arbeitgeber\_innen und Handwerkskammer existiert nicht ausreichend, würde aber dringende Fragen zu Spracherwerb und Qualifikation überwinden und Angebote zur beruflichen Integration vortreiben. Weiterhin festzuhalten ist, dass Kommunen und gemeinnützige Träger

Asylsuchende für 1,05 Euro pro Stunde für gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten auch in den Heimen selbst beschäftigen können.

## Gesundheitsleistung



Die Gesundheitsleistung erfolgt per in der Ausländerbehörde erhältlichem Behandlungsschein. Der Antrag der LINKEN für eine Gesundheitskarte auf Kreisebene ist im Kreistag eingebracht und noch in der Debatte.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Die Vernetzung der Zivilgesellschaft ist unterhalb der Kreisebene von Ort zu Ort verschieden. Abhängig von den lokalen Akteuren gibt es eine breite Helfer\_innenstruktur (z.B. in Borna, Grimma). Der von ehrenamtlichen Strukturen initiierte Runde Tisch Migration soll unter Einbeziehung der Verwaltung für eine landkreisweite Vernetzung der Akteure sorgen. Dieser ist seit 3,5 Jahren aktiv und bringt eine Vielzahl der Träger der Asyl- und Flüchtlingsarbeit, Kreisräte und Verwaltung zu Beratungen und zum Austausch zusammen. Wenngleich sich viele Akteure aktiv für eine gelebte Willkommenskultur einsetzen, sind rassistische Ressentiments gegen Geflüchtete und deren Unterbringung in einigen Orten und Regionen des Landkreises weit verbreitet. Diese Vorbehalte kulminieren in fremdenfeindlichen Demonstrationen wie etwa in Borna und Wurzen und erreichen ihre Tiefpunkte bspw. in den Anschlägen auf die Asylunterkunft in Böhlen oder Angriffe auf Bewohner\_innen der Notunterkunft in Regis-Breitungen.





## 3.10. Landkreis Nordsachsen

Am 18. Mai und vom 22. bis 23. Oktober 2015 waren die Teilnehmer\_innen der Willkommenstour im Landkreis Nordsachsen unterwegs. Die Tour wurde u.a. von der Bundestagsabgeordneten Susanna Karawanskij und den Landtagsabgeordneten Luise Neuhaus-Wartenberg und Juliane Nagel begleitet. Stationen waren die Unterkünfte in Oschatz, Spröda und Torgau. Es gab u.a. Gespräche mit der Ordnungsdezernentin Frau Stoye und dem Leiter der Ausländerbehörde Herrn Keyselt. Weitere Gespräche fanden mit den Trägern der Einrichtungen der Diakonie in Eilenburg und Delitzsch, dem DRK-Kreisverband in Torgau, dem Betreiber der Sammelunterkunft in Spröda, der ITB Dresden GmbH und dem Betreiber der Oschatzer Sammelunterkunft, der ABUB Asyl-Betreuungs- und Beherbergungsgesellschaft mbH statt. In Spröda gab es zudem Gelegenheit zum Gespräch mit Geflüchteten der dortigen Unterkunft. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure der Flüchtlingsarbeit wie etwa Asylpaten aus Torgau, Supporter\_innen aus Delitzsch und das Willkommensbündnis Oschatz wurden in Gespräche einbezogen. Auf dem Marktplatz in Oschatz, Eilenburg und Torgau wurde die Ausstellung „Fluchtgeschichten“ gezeigt.

### Verwaltung

Die Landratsverwaltung bündelt alle wesentlichen Aufgaben zum Thema Asyl im Landkreis im Dezernat Ordnung. Das De-



zernat Ordnung wurde zur besseren Bewältigung der neuen Herausforderungen im Bereich Asyl umstrukturiert. Hierfür wurde ein Amt für Migration und Ausländerrecht gebildet. Das Amt untergliedert sich wiederum in die Sachgebiete Migration und Allgemeines Ausländerrecht. Grundsätzlich ist die Untere Ausländer- und Unterbringungsbehörde für alle Belange der Aufenthalts-, Freizügigkeits- und Asylverfahrensgesetze zuständig. Die Ausländer- und Unterbringungsbehörde teilt sich wiederum in Allgemeines Ausländerrecht und Asylrecht. Der Umgang der Verwaltung wirkt sehr strukturiert und planmäßig. Noch unter dem vormaligen Landrat wurde die AG „Die Menschenwürde ist unantastbar“ gegründet, welche für einen Erfahrungsaustausch zwischen Verwaltung, Freien Trägern, Fraktionen, Polizei, Bildungsagentur und Jobcenter sorgen soll.

### Integrationskonzept

Es existiert ein Integrationskonzept, welches 2014 auf Beschluss des Kreistages fortgeschrieben wurde. Laut diesem Konzept soll das Zusammenleben, basierend auf Toleranz, Respekt und Akzeptanz, gestaltet werden. Angestrebt wird demnach, eine engere Zusammenarbeit von Kommunen, Bildungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit und des Jugendamtes, um den Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung für Geflüchtete zu fördern. Weitere wichtige Punkte des Integrationskonzeptes umfassen die Implementierung von Quartiersmanagern in Wohnprojekten

des Landkreises, die Arbeit der Beratungsstellen mit Geflüchteten und die kontinuierliche Etablierung eines besseren Zugangs zur Gesundheitsversorgung.

## Kommunikationskonzept

Ein verfasstes und beschlossenes Kommunikationskonzept liegt für den Landkreis nicht vor. Im Zuge der Neueinrichtung von Asylunterkünften werden jedoch prinzipiell Bürger\_innenversammlungen durchgeführt.

## Unterbringungskonzept

Der Landkreis besitzt kein beschlossenes Unterbringungskonzept. Es existieren derzeit vier zentrale Unterkünfte im Landkreis. Die Verwaltung orientiert jedoch systematisch auf eine dezentrale Unterbringung. Neuankommende Geflüchtete werden gleichmäßig, nach einer Quote von 1,5 Prozent pro Ort, auf die Kommunen im Landkreis verteilt. Familien werden nach Ankunft im Landkreis sofort in Wohnungen untergebracht. Für alleinreisende Männer gibt es „Männerwohnprojekte“ als kleine Asylunterkünfte. Im Landkreis wohnen 75 Prozent der Geflüchteten dezentral in Wohnungen und 25 Prozent in zentralen Sammelunterkünften. Die steigende Zahl an Geflüchteten stellt die bisher verfolgte dezentrale Unterbringungsstrategie jedoch zunehmend vor Probleme, so dass es Pläne gibt, die bisherige Zielgröße von max. 60 Menschen pro Sammelunterkunft auf 120 anzuheben. Außerdem wird ein Strategiewechsel bei den Betreiberverträgen angestrebt. Der Landkreis will mangels eigener Liegenschaften zukünftig eine größere Anzahl geeigneter Immobilien aufkaufen und bereitstellen. Diese Maßnahme soll dem Landkreis günstigere Betreiberverträge ermöglichen. Laut aktueller Festlegung sind Betreiberverträge für

Asylunterkünfte dem Kreisausschuss zur Information vorzulegen.

## Betreiberstrukturen

Die Betreuung der Unterkünfte wird vom Landkreis ausgeschrieben und liegt in der Hand von privaten Unternehmen oder Vereinen. Zukünftig soll u.a. der DRK-Kreisverband die soziale Betreuung übernehmen und der Landkreis als Betreiber fungieren. Als erstes wird dies für Torgau und Eilenburg angestrebt. Die Betreiberverträge sind allerdings nicht öffentlich einsehbar. Lediglich zwei Kreisräte pro Fraktion dürfen in der Vergangenheit im Nachgang an eine MDR-Berichterstattung diese Verträge einsehen.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Die soziale Betreuung ist im Landkreis auf vier Sozialräume aufgeteilt. Das Diakonische Werk ist für einen Sozialraum zuständig und der DRK-Kreisverband für die restlichen drei Sozialräume. Als Problem wurde von Fachkräften im Landkreis beschrieben, dass anerkannte Geflüchtete, die aus dem Asylbewerberleistungsgesetz herausfallen, keinen Anspruch mehr auf Hilfen und Unterstützung über die Flüchtlingssozialarbeit haben. Der offizielle Betreuungsschlüssel im Landkreis liegt bei 1:80. Hauptamtliche Flüchtlingssozialarbeiter\_innen sind neben ihrer Aufgabe der sozialen Betreuung mit der Koordinierung der ehrenamtlich Aktiven im Landkreis beauftragt. Nach Angaben einiger Fachkräfte stellt diese zusätzliche Aufgabe eine Überforderung dar. Für eine gut funktionierende lokale bzw. sozialräumliche Ehrenamtskoordination bedarf es im Landkreis zusätzlicher Stellen. Zur Förderung der sportlichen Betätigung von Asylsuchenden und zur Verbesserung des

Zuganges zu sportlichen Angeboten durch Sportvereine unterstützt der Landkreis die Vereine bei der Erstellung mehrsprachiger Werbung für ihre Angebote.

## Sprachkurse



Sprachkurse werden in der Regel ehrenamtlich organisiert und durchgeführt. Dies trifft insbesondere auf Angebote mit niederschwelligem Ansatz und Einstieg zu. Daneben bestehen u.a. Angebote zur sprachlichen Qualifizierung an den Volkshochschulen (VHS). Der Landkreis finanziert 150 Stunden für Sprachkurse pro Asylsuchendem in den VHS. Diese Kurse sind gegenwärtig sehr stark ausgelastet und entsprechend überfüllt. Die Deutschlehrer\_innen stellen diese Angebote zudem vor hohe Belastungen und Anforderungen. Gemeinsam mit der Bildungsagentur sollen zukünftig entsprechende Bildungsangebote stärker bedarfsgerecht, sowohl im Grundschulbereich als auch im Oberschulbereich und DaZ-Klassen, ausgebaut werden. An den Berufsschulstandorten wurden im Landkreis bedarfsbezogen Integrationskurse eingerichtet.

## Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit



Vom Landkreis werden u.a. Arbeitsgelegenheiten für Geflüchtete angeboten. So arbeiten zum Beispiel 24 Personen, die in der Sammelunterkunft in Spröda leben. Zur Förderung der Berufsausbildung und Arbeitsaufnahme von Asylsuchenden ist der Landkreis bemüht, verstärkt einheimische Unternehmen zu gewinnen. Hierfür werden laut Integrationskonzept Unternehmen über die rechtliche Situation bei der Beschäftigung von Asylsuchenden informiert und Informationen und interessierte Geflüchtete über den Migrationsfachdienst vermittelt.

## Gesundheitsleistung



Die Gesundheitsleistung erfolgt per in der Ausländerbehörde erhältlichem Behandlungsschein. Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE für die Einführung einer Gesundheitskarte auf Kreisebene ist im Kreistag abgelehnt worden. Der Landkreis hat sich im Integrationskonzept verpflichtet, mehrsprachiges Informationsmaterial zur Gesundheitsförderung für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen und Ärzte bei Sprachproblemen durch den Sprachmittlerdienst zu unterstützen.

## Vernetzung in der Zivilgesellschaft



Die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft ist von Ort zu Ort verschieden. In den meisten Kommunen unterstützen die Verwaltungen die ehrenamtliche Arbeit in den Helfer\_innen- und Unterstützer\_innenstrukturen, so bspw. in Eilenburg, Torgau und Oschatz. In Delitzsch wurde die entsprechende Unterstützung durch die Stadtverwaltung von Aktiven vor Ort als mangelhaft beschrieben. Auf Landkreisebene ist eine AG Asyl aktiv und soll die Vernetzung des Ehrenamts befördern. Zur praktischen Umsetzung und ständigen Fortschreibung des Integrationskonzeptes hat der Landkreis ein entsprechendes Netzwerk aus Vertreter\_innen der Verwaltung und Vertreter\_innen aus Vereinen und Verbänden, Sprachkursträgern, Quartiersmanager\_innen, Vertreter\_innen der Bundesagentur für Arbeit und der Arge sowie interessierten Bürger\_innen gebildet.



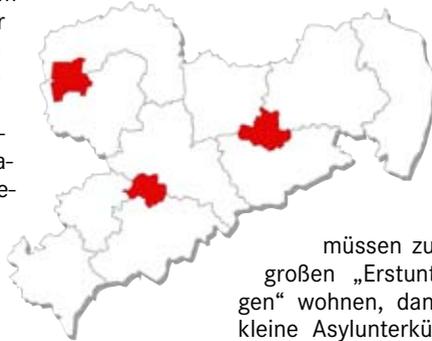
**Eilenburg:** Diskussion mit Bürger\_innen auf dem Marktplatz.

## 3.11. Chemnitz, Dresden und Leipzig

Mit der Willkometour wurde der Fokus auf die Landkreise gelegt. Nichtsdestotrotz soll der Umgang mit Unterbringung und Teilhabaspekten von Geflüchteten in den drei kreisfreien Städten kurz betrachtet werden.

In Chemnitz machte die Willkometour mit den Bundestagsabgeordneten Michael Leutert, Dr. Axel Troost und den Landtagsabgeordneten Susanne Schaper, Juliane Nagel, Anja Klotzbücher, Klaus Bartel und Nico Brünler Station. Dort wurden Gespräche mit der Leiterin des Sozialamtes Frau Utech und weiteren mit Asyl betrauten Vertreter\_innen der Verwaltung sowie mit Akteuren der Zivilgesellschaft (AG In- und Ausländer, Sächsischer Flüchtlingsrat, Save me) geführt. Des weiteren gab es Gespräche im Klinikum Chemnitz und im Verwaltungsgericht Chemnitz.

Die Befunde und Auswertungen zur Praxis in Dresden und Leipzig basieren auf der intensiven Alltagsarbeit von LINKE-Kommunalpolitiker\_innen vor Ort.



und betont die Ermöglichung der dezentralen Unterbringung in eigenen Wohnungen. Die Stadt Leipzig praktiziert eine dreistufige Unterbringung: Alle Geflüchteten

müssen zuerst in den existenten großen „Erstunterbringungseinrichtungen“ wohnen, dann folgt der Umzug in kleine Asylunterkünfte und/oder eigene Wohnungen (sowohl vom Sozialamt angemietete Gewährleistungswohnungen als auch frei auf dem Markt verfügbare Wohnungen mit eigenem Mietvertrag). Das Konzept wurde 2013 im Angesicht steigender Zahlen fortgeschrieben, die Zielgröße für die „kleinen Unterkünfte“ von 50 auf 100 erhöht und Verwaltungspersonal aufgestockt. Das Konzept umfasst auch die soziale Betreuung. Zudem definiert es eine Wohnfläche in den Sammelunterkünften von 7,5 qm, was von der Empfehlung des Freistaates von 6 qm abweicht. Anfang November lebten in Leipzig 37,1 % der Asylsuchenden in Wohnungen. Im November 2015 kündigte die Stadt Leipzig an, neu zugewiesene Asylsuchende auch in Zelten unterbringen zu müssen. Derzeit werden bereits leer stehende Schulgebäude als Notunterkünfte genutzt.

### Unterbringungskonzept

Alle drei kreisfreien Städte verfügen über Unterbringungskonzepte. Der Vorreiter ist die Stadt Leipzig, deren Stadtrat das „Konzept Wohnen für Berechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz“ im Jahr 2012 beschlossen hat. Es sieht die Abkehr von großen Sammelunterkünften am Stadtrand hin zur integrativen Unterbringung in kleinen Unterkünften in den Stadtteilen vor

Das Chemnitzer Unterbringungs- und Betreuungskonzept wurde im 1. Quartal 2015 vom Stadtrat beschlossen. Sammelunterkünfte sollen nicht über eine Kapazität von 150 Personen hinausgehen. Angestrebt wird eine Fokussierung auf dezentrale Unterbringung (zwei Drittel). Im Konzept sind Mindeststandards für die Sammelunterkünfte definiert, zum Beispiel abschließbare Wohnbereiche für Familien, gute Verkehrs- und infrastrukturelle Anbindung der

Unterkünfte etc. In Chemnitz gibt es zwei Formen des dezentralen Wohnens. Das „dezentrale Wohnen I“ gleicht einer ausgelagerten Sammelunterkunft, der Mietvertrag wird durch die Stadt abgeschlossen und die Wohnungen je nach Größe mit einer bestimmten Anzahl von Personen belegt. Das „dezentrale Wohnen II“ meint den individuellen Auszug von Asylsuchenden in bestimmten Lebenslagen mit Abschluss eines eigenen Mietvertrags. Dem Stadtrat wird mindestens halbjährlich über den Stand der Konzeptumsetzung berichtet. Im Oktober 2015 lebten nur 21 % der Geflüchteten in Sammelunterkünften, 64 % im „dezentralen Wohnen I“ und 15 % im „dezentralen Wohnen II“. Im Oktober 2015 wurde eine erste Turnhalle für 200 Personen als Notunterkunft eingerichtet.

Der Dresdner Fachplan Asyl wurde im Dezember 2014 vom Stadtrat beschlossen. Sammelunterkünfte heißen in Dresden „Übergangwohnheime“ und sollen eine Kapazität zwischen 50 und 70 Geflüchtete umfassen. Auch in Dresden mietet die Stadt Gewährleistungswohnungen an, die als ausgelagerte Übergangwohnheime fungieren, d.h. wie in Chemnitz je nach Größe mit einer bestimmten Zahl von Asylsuchenden belegt werden. Auf Antrag können Geflüchtete, bei denen humanitäre Gründe den Auszug aus der Unterkunft rechtfertigen – dies sind vor allem Familien – sich selbstständig eine Wohnung suchen. Der Fachplan enthält weiterhin umfangliche Aussagen zur sozialen Betreuung und sonstigen integrativen Maßnahmen. Er gilt vorerst bis 2016.

Derzeit leben zwei Drittel der Geflüchteten in Wohnungen – sowohl mit eigenem Mietvertrag als auch in Gewährleistungswohnungen. Die Wohnungskapazitäten sind allerdings erschöpft. In Dresden werden bereits Turnhallen als Notunterkünfte genutzt.

## Soziale Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit

Flüchtlingssozialarbeit wird in den drei Großstädten durch erfahrene soziale Träger erbracht. Die Stadt Leipzig sticht mit ihrem guten Betreuungsschlüssel von 1:50 landesweit positiv heraus. In ihrem Unterbringungskonzept sind die Aufgaben der Sozialarbeiter\_innen definiert. Ein großer Teil der Sammelunterkünfte wird durch den Verein Pandechaoin – Herberge e.V. betrieben, der ebenfalls die soziale Betreuung übernimmt. Auch bei den übrigen Unterkünften werden Betreuung und soziale Betreuung mehrheitlich durch einen Träger erbracht. Für die dezentral wohnenden Geflüchteten gibt es vier Ansprechpartner\_innen bei verschiedenen freien Trägern. Es handelt sich dabei jeweils um halbe Personalstellen. Der im Unterbringungskonzept festgeschriebene Schlüssel von 1 Betreuer\_in auf 100 dezentral wohnende Personen kann so nicht eingehalten werden.

Dresden folgt dem vom Freistaat empfohlenen Betreuungsschlüssel von 1:150. Für die beauftragten Trägern werden umfangreiche Leistungsinhalte definiert. Für die Erbringung der sozialen Betreuung ist das Stadtgebiet in fünf Regionen eingeteilt, in denen fünf verschiedene Träger die Leistungen erbringen. Diese Träger haben zudem eine/n Koordinator\_in, der/die den Kontakt zu Initiativen, Vereinen, Engagierten in dem jeweiligen Stadtteil herstellen und koordinieren soll.

In Chemnitz gilt ebenfalls ein Schlüssel von 1:150 für die soziale Betreuung in den Sammelunterkünften, für dezentral wohnenden Geflüchtete liegt er bei 1:80. In drei von vier bestehenden Sammelunterkünften übernimmt die Stadt Chemnitz die soziale Betreuung selbst, zwei davon werden auch von der Stadt selbst betrieben. Bei neuen Unterkünften sollen Betreuung und soziale Betreuung aus einer Hand erfolgen.

Bei der dezentralen Unterbringung erfolgt

die Flüchtlingssozialarbeit durch erfahrene Freie Träger im Auftrag der Stadt. Im Unterbringungskonzept sind die Aufgaben, die die Träger unter dem Label soziale Betreuung leisten müssen, transparent aufgeführt.

## Sprachkurse

In allen drei kreisfreien Städten gibt es jenseits der Angebote für Personen mit Aufenthaltserlaubnis Sprachkursangebote für alle Geflüchteten, welche von der Stadt finanziell unterstützt werden. In Chemnitz umfasst der Basiskurs an der Volkshochschule 100 Unterrichtseinheiten, die Stadt übernimmt zwei Drittel der dafür anfallenden Kosten, die Geflüchteten müssen 47 Euro zahlen.

In Dresden finanziert die Stadt 16-wöchige Sprachkurse für alle Asylsuchenden.

In Leipzig gibt es an der Volkshochschule einen kostenfreien Sprachkurs für alle Geflüchteten mit 200 Unterrichtseinheiten.

Daneben gibt es die obligatorischen Integrationskurse des BAMF sowie ESF-Sprachkurse, die an Bedingungen wie Aufenthaltsstatus, Herkunftsland oder Dauer des Aufenthalts geknüpft sind. In allen drei Städten gibt es zudem ein breites Angebot ehrenamtlich erbrachter Sprach- und Alphabetisierungskurse sowie Konversationsübungen.

## Gesundheitsleistung

Die Stadträte aller drei Großstädte haben sich per Beschluss zur Einführung einer Chipkarte auf kommunaler Ebene ausgesprochen. Ergebnisse der beauftragten Prüfung des Abschlusses von Verträgen mit einer Krankenkasse liegen noch nicht vor. Mit diesem Schritt könnten Zugangsbarrieren zu Gesundheitsleistungen gesenkt und Bürokratie vermieden werden. Zudem sind in allen drei Städten so-

genannte Flüchtlingsambulanzen eingerichtet worden. Diese durch den Freistaat eingerichteten Ambulanzen stehen allen Asylsuchenden offen, auch den zahlreichen in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Geflüchteten.

## Integrationskonzept

In Leipzig wurde in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit Expert\_innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren das „Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig“ erarbeitet und 2012 durch den Stadtrat beschlossen. Das Gesamtkonzept thematisiert acht Handlungsfelder, in denen integrative Maßnahme sowohl für Migrant\_innen mit gesichertem Aufenthaltsstatus als auch Geflüchtete im Asylverfahren nötig sind. Derzeit wird über die Fortschreibung des Konzeptes diskutiert.

Das Dresdner „Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt“ wurde 2009 erstellt und 2014/2015 unter der Mitwirkung von Migrant\_innenorganisationen und Expert\_innen fortgeschrieben. Das Konzept umfasst 11 Handlungsfelder.

In Chemnitz existiert kein explizites Integrationskonzept.



**Chemnitz:** Willkommensfest von  
DIE LINKE für Geflüchtete.

## 3.12. Schlussfolgerungen

Im Rahmen der Willkommenstour haben wir zahlreiche Eindrücke gewonnen, aus denen wir Konsequenzen für das politische Wirken der LINKEN sowohl im Parlament als auch im gesellschaftlichen Raum ziehen wollen.

Die Unterbringung, Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen obliegt nach der Zeit der Erstaufnahme den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Ausgestaltung ist abhängig von der Unterstützung durch den Freistaat, aber in hohem Maße auch davon wie, progressiv und offen Landkreisverwaltungen damit umgehen.

Für die LINKE steht die Würde der ankommenden Menschen im Mittelpunkt. Daran muss sich die kommunale Flüchtlingspolitik in der Unterbringung und Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe orientieren.

Mit der wachsenden Zahl von Geflüchteten steigen die Herausforderungen für die Kommunen, in denen die Menschen nach dem Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen ankommen und zum Teil auch bleiben werden. Dort wo es gute Standards vor allem für das Wohnen gab, wird inzwischen auch auf Container, Turnhallen oder große Unterkünfte zurückgegriffen. Um so größer der Druck ist, Menschen ein festes Dach über dem Kopf zu bieten, desto engagierter muss daran gearbeitet werden, Qualitätsstandards zu definieren und einzuhalten sowie den schnellen Übergang in integrative Wohnformen zu organisieren. In der kommunalen Verantwortung liegt zudem die Aufgabe, die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe der neuen Mitmenschen zu organisieren. Nachdem dieses Feld in den letzten Jahren vor allem durch das Land stiefmütterlich behandelt wurde, gilt es hier nun unter Hochdruck Strukturen zu schaffen. Es fehlt an einer flächendeckenden Landes-Finanzierung

integrativer Aufgaben, doch auch eine verfehlte Bildungspolitik, der Infrastrukturabbau im ländlichen Raum oder die mangelnde Sensibilisierung für Migration, Flucht und Interkulturalität zeigen ihre negative Wirkung. Trotz einer immer restriktiveren Bundesgesetzgebung im Bereich Asyl hat das Land nicht zu unterschätzende Spielräume, ein gleichberechtigtes Zusammenleben von hier geborenen und geflüchteten Menschen zu gestalten.

An dieser Stelle soll den untersuchten Aspekten der kommunalen Asyl- und Integrationspolitik LINKE Ansätze gegenübergestellt werden. Wir sind uns dabei bewusst, dass die lokalen Gegebenheiten verschiedenen sind und idealtypisches Agieren nicht immer und überall möglich ist. Trotzdem sollten die Maßstäbe hoch gelegt werden, geht es doch einerseits um Menschenrechte. Andererseits birgt Migration zahlreiche Chancen zur Weiterentwicklung der Gesellschaft in sich.

### Verwaltungshandeln

Wir haben im Rahmen der Tour sowohl Landkreisverwaltungen kennen gelernt, die schon lange souverän und transparent mit dem Thema Asyl umgehen, als auch solche, die das Thema und damit die betroffenen Menschen eher brach liegen lassen haben. Im Angesicht der steigenden Zahlen bewegt sich in nahezu allen Landkreisen etwas – dies ist alternativlos. Auch der sich sehr sanft anbahnende Paradigmenwechsel in Sachsen, die Förderung integrativer Maßnahmen durch den Freistaat, hilft Strukturen vor Ort zu schaffen und zu stärken.

Mit der schwarz-roten Koalition sind erste kleine Pflänzchen sichtbar, die von Initiativen und auch der LINKEN über Jahre gefor-

dert wurden (z.B. Flüchtlingssozialarbeit, Geld für Koordination und das Ehrenamt, Modellprojekte in KITAS, etc.)

DIE LINKE plädiert dafür, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Verwaltungen sollten Zivilgesellschaft und Politik ins Boot holen und geeignete Beteiligungsstrukturen schaffen – zum Beispiel Beiräte, Runde Tische oder Arbeitsgemeinschaften, in denen die grundsätzliche Form der Unterbringung, neue Unterkünfte, neue Maßnahmen und auch die Kommunikation mit der Wohnbevölkerung gemeinsam erörtert werden. Ein solch partizipatives Agieren stärkt Verwaltungen den Rücken, zudem kann sie die vielfältigen Erfahrungen von Expert\_innen fruchtbar machen. Als beispielhaft kann das Zusammenspiel der Landkreisverwaltung in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge und der AG Asylsuchende genannt werden.

In vielen Landkreisen sind die Behörden bereits dezentralisiert, d.h. dass Außenstellen der Ausländerbehörde in verschiedenen Kommunen präsent sind. Im Landkreis Nordsachsen gibt es beispielsweise fünf Außenstellen der Ausländerbehörde. Dies stellt eine erhebliche Erleichterung für die Geflüchteten und Unterstützer\_innen dar.

Empfehlenswert ist in den Verwaltungsstellen, die im direkten Austausch mit Geflüchteten stehen, suksessive zweisprachigkeit ein- und Fortbildungen für interkulturelle Kompetenz durchzuführen. Auch die Erstellung von mehrsprachigen Informationsmaterialien zur Orientierung der Asylsuchenden im Landkreis ist erforderlich. Ein entsprechendes Material hat zum Beispiel der Erzgebirgskreis erstellt (<http://www.erzgebirgskreis.de/de/aktuelles/asyl/#c749>).

Grundsätzlich müssen sich die politischen Repräsentant\_innen der Landkreisverwal-

tung darüber bewusst sein, dass ihre Positionierung zum Thema Asyl große Wirkung auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung hat. Standard muss ein Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und zur Integration der ankommenden Menschen sein.

## Unterbringungskonzept

Ein verfasstes und politisch abgestimmtes Unterbringungskonzept bietet der Verwaltung und den mit der Aufgabe betrauten Akteuren eine klare Handlungsgrundlage. Ein solches Konzept sollte in einem Prozess gemeinsam mit Entscheidungsträger\_innen aus den Kommunalparlamenten und Akteuren der Zivilgesellschaft (soziale Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, Migrant\_innenselbstorganisationen, Wirtschaftsverbänden...) erstellt werden. Im Konzept sollten Standards für die Unterbringung (Größe, Lage, Ausstattung der Unterkünfte), ein angestrebter Verteilungsmodus innerhalb der Gebietskörperschaft, das Verfahren des Übergangs in Wohnungen, Erstausrüstung der Wohnung und Aussagen zur sozialen Betreuung / Flüchtlingssozialarbeit enthalten sein. Die Umsetzung des Konzepts sollte fortlaufend begleitet und regelmäßig an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Aus Sicht der LINKEN sollten die Unterbringungskonzepte auf dezentrales Wohnen in eigenen Wohnungen und auf kleine, integrative Unterkünfte setzen. Das Wohnen in eigenen Wohnungen verspricht für die Betroffenen ein höheres Maß an Selbstständigkeit und Selbstbestimmung, nicht-zentrale Unterbringungsformen stoßen aber auch auf eine höhere Akzeptanz bei Anwohner\_innen. Voraussetzung für eine funktionierende Wohnungsunterbringung ist eine adäquate Begleitung beim Übergang von der Sammelunterkunft in die eigene Wohnung und dezentrale Anlaufstellen und/oder eine aufsuchende Flüchtlingssozialarbeit. Ein in manchen

Landkreisen, z.B. Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Nordsachsen, bewährtes und gut funktionierendes Modell ist die sofortige Unterbringung für insbesondere Familien in eigenen Wohnungen.

In den Konzepten sollte die Verteilung der Menschen im Landkreis geregelt werden, wobei hier nicht eine harte Verteilungsquote, sondern die Bedingungen und Infrastruktur vor Ort – zum Beispiel Kita, Schule, Beratungsstellen, ÖPNV-Anbindung – entscheidend sein müssen. Auch die Definition eines Personalschlüssels und Aufgabenspektrums für die Flüchtlingssozialarbeiter\_innen ist zu empfehlen.

## Kommunikationskonzept

Nicht nur aufgrund der Vorbehalte aus der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und entsprechenden Unterkünften ist ein transparenter, aber bestimmter Umgang der Verwaltung und politischer Verantwortungsträger\_innen mit dem Thema zu empfehlen. Die Errichtung neuer Unterkünfte sollte regelhaft durch Informationsveranstaltungen, Hintergrundinfos zum Thema Asyl und der Initiierung von Unterstützer\_innenstrukturen begleitet werden. Die Möglichkeit der Besichtigung der Unterkünfte vor deren Bezug hat sich außerdem als geeignetes Mittel erwiesen, um Vorbehalten und falsche Gerüchte den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Auf den Informationsveranstaltungen muss das Grundrecht auf Asyl vorbehaltlos verteidigt werden. Rassistische und andere menschenfeindliche Äußerungen sollten deutlich sanktioniert werden. Empfehlenswert ist die Begleitung der Info-Veranstaltungen durch eine professionelle Moderation, ebenfalls sollten Landrät\_innen und (Ober-)Bürgermeister\_innen solche Veranstaltungen als ihre Cheflinien-sache verstehen und sie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vorbereiten.

## Integrationskonzept

Der nächste Schritt nach der Unterbringung von Geflüchteten ist die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Da die Frage der Integration nahezu alle Lebensbereiche umfasst, ist auch hier ein planvolles Vorgehen unabdingbar. Wie bei der Erarbeitung des Unterbringungskonzepts sollte auch hier eine Vielzahl von Akteuren eingebunden werden. Ein Integrationskonzept muss Aussagen und Maßnahmen beispielsweise zum Spracherwerb, Bildung, Arbeit, Gesundheit, sozialräumlicher Integration/ Stadtentwicklung, politischer Teilhabe, antirassistischer Bildungsarbeit/ Demokratiebildung für die ansässige Bevölkerung umfassen. Das Konzept sollte fortlaufend begleitet und evaluiert werden.

## Betreiberstrukturen der Unterkünfte

Der überwiegende Teil der Asyl-Unterkünfte in den Landkreisen und kreisfreien Städten wird durch private Anbieter betrieben. Die Betreuung umfasst liegenschaftsbezogene Aufgaben (Instandhaltung, Reparaturen,...) Reinigung und ggf. die Bewachung.

Die mit den Betreibern abgeschlossenen Verträge sind in den meisten Landkreisen „geheime Verschlusssache“ und werden nicht selten selbst den Kommunalpolitiker\_innen vorenthalten. Zu empfehlen ist Einsicht in die Verträge zu bekommen, um sich ein Bild von den definierten Leistungen und den finanziellen Aufwendungen zu machen. In einigen Landkreisen, zum Beispiel Bautzen, wurde beklagt, dass die Erbringung der Unterbringungsaufgabe durch den Betreiber nicht ausreichend durch die Landkreisverwaltung als Aufsichtsbehörde kontrolliert wird.

DIE LINKE plädiert grundsätzlich dafür, die Verwaltung oder kommunale Unter-

nehmen mit der Bewirtschaftung von Asylunterkünften zu betrauen. So bleiben die Leistungen in kommunaler Hand und sind auch für gewählte politische Vertreter\_innen besser kontrollier- und sanktionierbar. Weiterhin lassen sich Maßnahmen direkter umsetzen und es gibt keine Bindung an die Vereinbarung in langjährigen Verträgen. Zudem kann so der Gewinnorientierung bei der Betreuung von Unterkünften ein Riegel vorgeschoben werden.

Durch die Betreuung in kommunaler Hand folgt nicht automatisch eine menschenwürdige Unterbringung. Vielerorts leisten auch private Anbieter\_innen eine gute Arbeit. Es ist und bleibt notwendig, die Zustände in den Unterkünften selbst in den Blick zu nehmen, Missstände zu thematisieren und für Verbesserungen zu streiten.

## Flüchtlingssozialarbeit / Soziale Betreuung

Flüchtlingssozialarbeit (FSA) und soziale Betreuung müssen voneinander unterschieden werden. Flüchtlingssozialarbeiter\_innen sind ausgebildete Sozialpädagoge\_innen mit einem Hochschulabschluss in Sozialer Arbeit. Soziale Betreuung wird dagegen zumeist von Quereinsteiger\_innen geleistet, die nicht unbedingt über einen geeigneten Abschluss verfügen. Zunehmend werden für die soziale Betreuung ehrenamtlich Engagierte oder Migrant\_innen mit spezifischen Sprachkenntnissen eingesetzt. Zwischen FSA und sozialer Betreuung herrschen zum Teil große Differenzen bei den Qualitätsstandards. Die Verwaltung sollte gemeinsam mit sozialen Trägern Aufgabenfelder und Qualitätsstandards für die Flüchtlingssozialarbeit definieren.

In zahlreichen Landkreisen wird die soziale Betreuung von Personen ausgeführt, die direkt beim Betreiber der Asylunterkunft angestellt sind. Durch diese Konstellation ist die Unabhängigkeit und Fachlichkeit

der Flüchtlingssozialarbeit nicht gewährleistet, die klare Mandantschaft für die geflüchteten Personen ist nicht gewahrt. Oft verschwimmen so betreiberbezogene und sozialarbeiterische Tätigkeiten. Zudem ist ein Interessenkonflikt zwischen ordnungspolitischen und sozialen Aufgaben vorprogrammiert.

Die soziale Betreuung sollte prinzipiell bei erfahrenen freien Träger der sozialen Arbeit verankert werden und in jedem Fall unabhängig von der Betreiberfirma der Unterkünfte erfolgen, um so ein freies und klientenzentriertes Handlungsmandat für die Sozialarbeiter\_innen zu ermöglichen. Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. und die Liga der Freien Wohlfahrt sprechen sich für einen Personalschlüssel von 1:80 (ein/e Sozialarbeiter\_in auf 80 Geflüchtete) aus, DIE LINKE plädiert – sowohl in Gemeinschaftsunterkünften als auch für dezentral Wohnende – für einen Schlüssel von 1:50, wie er auch in der Stadt Leipzig praktiziert wird.

## Sprachkurse

Sprache ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Bisher ist dieses Feld in Sachsen sehr unübersichtlich und verschieden. Während in einigen Landkreisen und in den kreisfreien Städten kommunal finanzierte Sprachkurse für jeden und jede angeboten werden, wird das Gros der Basis-Sprachkurse im Ehrenamt geleistet.

Im Oktober 2015 sind die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die einen Erstorientierungs- und Sprachkurs im Umfang von insgesamt 600 Stunden umfassen, für Geflüchtete mit „guter Bleibeperspektive“ (jene aus den Herkunftsländern Syrien, Iran, Irak und Eritrea) geöffnet worden. Hinzu kommt in den letzten beiden Monaten des Jahres 2015 eine zeitlich begrenzte Möglichkeit der Einstiegs-/Erstorientierungssprachkurse von 200 Stunden.

Somit existieren für einen großen Teil der

Menschen in den Kommunen faktisch Angebote zum Spracherwerb. Aus Sicht der LINKEN bedarf es jedoch weitere Angebote für Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern und Basissprachkurse bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung. Zudem mangelt es an finanzierten Angeboten für höhere Sprachqualifikationen, die für den Zugang zu Ausbildung, Hochschule und Arbeit zumeist erforderlich sind.

Alles in allem braucht es ein Landeskonzept für Spracherwerb, das die bestehenden Angebote systematisiert und Leerstellen schließt.

## Gesundheitsversorgung

Nach Asylbewerberleistungsgesetz sind Geflüchtete bei der Gesundheitsversorgung schwerwiegend benachteiligt. Sie sind zunächst nicht in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Die gesetzlich garantierte und finanzierte medizinische Behandlung und Versorgung bleibt in den ersten 15 Monaten des Aufenthalts auf akute Erkrankungen und Schmerzen sowie Schwangerschaft und Geburt beschränkt. Darüber hinausgehende Leistungen nach § 6 AsylbLG, wie Geh- oder Sehhilfen, werden nur selten gewährt.

Die Inanspruchnahme dieser Notversorgung wird zusätzlich durch bürokratische Hürden erschwert oder behindert. Anstatt mit einer Chipkarte zum Arzt gehen zu können, müssen Asylsuchende beim Sozialamt einen Behandlungsschein beantragen. Diese Hürde kann im Ernstfall zur Verzögerung von Behandlungen und zur Chronifizierung von Erkrankungen führen. Ein erster Schritt zur Beseitigung der bürokratischen Hürden ist die Einführung einer Chipkarte. In Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen wird dieses Modell bereits praktiziert. Die dortigen Verwaltungen haben dafür spezielle Verträge mit den Krankenkassen abgeschlossen. Sachsen sperrt sich trotz expliziter Ermöglichung dieses

Modells auf Landesebene durch den Bund gegen die Gesundheitskarte. In den drei kreisfreien Städten existieren Stadtratsbeschlüsse, mit denen die jeweilige Verwaltung aufgefordert wird die Chipkarte auf kommunaler Ebene einzuführen. Wohlgemerkt bleibt der Leistungsanspruch auch mit dieser Karte eingeschränkt.

Ein weiteres Problem bei der medizinischen Versorgung – nicht nur von Asylsuchenden – ist der sachsenweit herrschende Ärztenmangel. Dieses Problem muss grundsätzlich angegangen werden. Für die Versorgung geflüchteter Menschen sind Sprachmittlungsdienste und auch interkulturelle Weiterbildungen für medizinisches Fachpersonal zu empfehlen.

## Psychosoziale Versorgung

Etwa die Hälfte der in Deutschland ankommenden Geflüchteten ist von Traumatisierungen betroffen, die ihren Ursprung in den Verhältnissen im Herkunftsland haben oder durch die beschwerliche Flucht ausgelöst wurden. Durch die oft menschenunwürdige Unterbringungssituation, lange Wartezeiten im Asylverfahren und durch die Einschränkung des Leistungsanspruchs bei medizinischer Versorgung werden diese psychischen Belastungen noch verstärkt bzw. können nur unzureichend behandelt werden. In Sachsen gibt es bis dato lediglich eine psychosoziale Anlaufstelle für Geflüchtete mit gesichertem Aufenthaltsstatus, nämlich beim Mosaik e.V. in Leipzig. Weiterführend ist ab Januar 2016 die Eröffnung eines „Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete in Sachsen“ (PSZ Sachsen) geplant, mit Standorten in Leipzig und Dresden sowie Beratungs- und Behandlungsangeboten für Geflüchtete – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Der Aufbau dieser Angebote ist essentiell, um die psychosoziale Situation von Geflüchteten zu stabilisieren, bleibt jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch hier ist der

Aufbau von flächendeckenden, qualifizierten Angeboten essentiell. DIE LINKE fordert zudem endlich ein Clearingverfahren zur Beurteilung der besonderen Bedürfnisse schutzbedürftiger Personen innerhalb einer angemessenen Frist in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Dies sieht die EU-Aufnahmerichtlinie vor, die Deutschland bis Juli 2015 hätte umsetzen müssen, dies aber bis dato unterlassen hat. Der Erkennung der „besonderen Bedürfnisse“ müssen sich adäquate Angebote für die Betroffenen anschließen.

## Bildung

Geflüchtete Kinder haben sowohl einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und unterliegen ebenfalls der Schulpflicht. An machen Orten ist durch die sowieso prekäre Kita-Infrastruktur der Zugang zur Kindertagesbetreuung erschwert, für in Deutschland geborene und geflüchtete Kinder gleichermaßen. Verwaltungen sollten die wachsende Zahl von Kindern auch von Asylsuchenden bei der Erstellung der Kita-Bedarfsplanung einbeziehen. Eine integrative Kindertagesbetreuung ermöglicht einen schnellen Erwerb der deutschen Sprache und verhindert Ausschluss und Diskriminierung. Kinder können so erleben, dass es normal ist, miteinander aufzuwachsen und zu leben. Gleichzeitig erfordert diese Aufgabe eine bessere Ausstattung der Kitas. Die Forderung nach einer tatsächlichen Verbesserung des Betreuungsschlüssels muss in diesem Kontext neu auf den Plan gehoben werden. Die ab 2015 in Angriff genommene, über vier Jahre gestreckte Verbesserung des Betreuungsschlüssels von 1:6 auf 1:5 in der Krippe und von 1:13 auf 1:12 im Kindergarten ist nicht ausreichend. Erzieher\_innen müssen zudem Zugriff auf Sprachmittlerpools erhalten. Sowohl in der Erzieher\_innen- als auch in der Lehrer\_innenausbildung müs-



sen Flucht, Asyl, Migration und Interkulturalität eine größere Rolle spielen. Daneben steht die Forderung nach ausreichend DaZ-Lehrer\_innen und die Implementierung von DaZ als Wahlfach im Lehramtsstudium. Zudem bedürfen Schulen mit DaZ-Klassen besondere Unterstützung durch sozialpädagogisches Personal. Die psychischen Belastungssituationen der Kinder infolge der Fluchtursachen und -erlebnisse überfordern die Lehrer\_innen und sind im Rahmen des Unterrichts nicht zu bewältigen. In Sachsen können Migrant\_innen bis 27 Jahre an den so genannten Vorbereitungsklassen in den Berufsschulzentren lernen. Im Rahmen der Willkommenstour wurde offenbar, dass in den Landkreisen zum Teil verschiedene Altersgrenzen praktiziert werden. So konnten in verschiedenen Orten in Mittelsachsen Asylsuchende nur bis 21 bzw. 25 Jahren an Vorbereitungsklassen teilnehmen. Es müssen also ausreichend Plätze zur Verfügung gestellt werden, damit landeseinheitlich ein Zugang bis 27 Jahren gewährleistet werden kann. Vor der Wahl des Bildungsweges wird in Sachsen für alle Migrant\_innen bis 27 Jahren eine besondere Bildungsberatung angeboten, um ein passgerechtes Bildungsangebot anschließen zu können. Vielerorts besteht der Wunsch, dass dieses Beratungsangebot auch dezentral in den Kommunen durchgeführt wird.

## Ausbildung / Arbeit

Trotz Lockerungen der Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt, ist der Weg für die, die arbeiten wollen, zumeist durch bürokratische Hürden versperrt. Die bis zum 15. Monat des Aufenthalts geltende Vorrangprüfung erfordert ein Prüfverfahren durch die Ausländerbehörde und Bundesagentur für Arbeit, das mehrere Monate in Anspruch nehmen kann. Die Vorrangprüfung muss abgeschafft und Arbeit vom ersten Tag an erlaubt werden. Freiwillige Qualifikationschecks in den Erstaufnahmeeinrichtungen ermöglichen von Anbeginn passende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Arbeitsmöglichkeiten zu suchen.

Wichtige Bausteine für einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt sind zudem flächendeckende, staatlich finanzierte Sprachkurse bis zum Sprachniveau B 2 sowie die Gewährung eines Aufenthaltstitels für die Zeit der Ausbildung sowie zwei anschließender Jahre (3+2-Regel). Menschen, die hier eine Ausbildung abschließen und dann einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sollten aus Sicht der LINKEN prinzipiell ein Bleiberecht erhalten, was auf Bundesebene geregelt werden müsste.

## Forderungen:

### Verwaltungshandeln

- Asyl als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen, die von den Verwaltungen gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Akteuren angegangen wird
- Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und der Integration der ankommenden Menschen
- Beteiligungsstrukturen für die grundlegenden Fragen von Unterbringung und Integration schaffen (z.B. Beiräte, Arbeitsgemeinschaften, dauerhafte Runde Tische)

- dezentrale Verwaltungsstellen – vor allem der Ausländerbehörden – innerhalb der Landkreise schaffen
- die Verwaltung interkulturell öffnen

### Konzepte

- Unterbringungs-, Kommunikations- und Integrationskonzepte als verfasste und politisch abgestimmte Grundlage für das Verwaltungshandeln
- Konzepterstellung gemeinsam mit Zivilgesellschaft sowie fortlaufende Begleitung und Evaluation der Umsetzung

### Wohnen

- Fokus auf dezentrale Unterbringung als selbstbestimmtes Wohnen in eigenen Wohnungen
- Unterstützung des Übergangs von den Sammelunterkünften in die Wohnungen, möglichst sofortige Unterbringung insbesondere von besonders schutzbedürftigen Personen nach der Erstaufnahme in Wohnungen
- Betreibung von Sammelunterkünften durch die kommunale Hand, regelmäßige Prüfung der Unterbringungsbedingungen

### Flüchtlingssozialarbeit

- Fachstandards für Flüchtlingssozialarbeit/ soziale Betreuung formulieren, Betreuungsschlüssel von mindestens 1:80, möglichst aber 1:50
- Trennung der Trägerschaft von Betreibung der Sammelunterkünfte und Flüchtlingssozialarbeit/ sozialer Betreuung

### Sprachkurse

- Sprach- und Orientierungskurse für alle Geflüchteten vom ersten Tag an
- Erstellung eines Landeskonzepts für Spracherwerb, das die bestehenden Angebote systematisiert und Leerstellen schließt

## Gesundheit

- Einführung einer Chipkarte zur Senkung von bürokratischen Hürden bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen durch Geflüchtete
- Ärzt\_innenmangel begegnen, interkulturelle Weiterbildung von medizinischem Fachpersonal und Sprachmittlung
- Einrichtung von psychosozialen Anlaufstellen für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus, landesweit und flächendeckend
- Einführung von Clearingverfahren zur Beurteilung der besonderen Bedürfnisse schutzbedürftiger Personen sowie anschließende Unterstützungsangebote

## Bildung / Arbeit

- asylsuchende Kinder in Kitabedarfsplanung einbeziehen
- Betreuungsschlüssel in den Kitas grundlegend verbessern und Erzieher\_innen pädagogisches Rüstzeug sowie Zugriff auf Sprachmittlerpools gewährleisten
- Flucht, Asyl, Migration und Interkulturalität als Themen in der Erzieher\_innen und Lehrer\_innenausbildung implementieren
- zusätzliches sozialpädagogisches Personal für Schulen mit DaZ-Klassen
- landeseinheitlicher Zugang für Migrant\_innen bis 27 Jahren zu Vorbereitungsklassen
- dezentrale besondere Bildungsberatungen
- bürokratische Hürden beim Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt abschaffen
- Gewährung eines Aufenthaltstitels für die Zeit der Ausbildung und mindestens zwei weitere Jahre im Fall der Übernahme durch ein Unternehmen

## weitere Forderungen

- Aufbau und Finanzierung von landkreisweiten Sprachmittler\_innenpools
- Finanzierung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung durch den Freistaat Sachsen
- hauptamtliche Koordinierung des Ehrenamts
- Unterstützung des Ehrenamts durch ideelle Anerkennung und finanzielle Zuwendungen
- Migrations- und Ausländerbeauftragte der Landkreise als volle Stellen
- Kontoeröffnung von Geflüchteten ermöglichen, ggf. spezielle Ansprechpersonen in den kommunalen Sparkassen einrichten

## 4.1. Mindeststandards für Unterbringung und Teilhabe schaffen!

Bis zu 65.000 Geflüchtete werden im Jahr 2015 in Sachsen erwartet. Diese Zahl übertrifft die aktuellste Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von August 2015. Unabhängig von der Zahl an Geflüchteten fehlen in Sachsen verbindliche Regelungen zur Organisation und Ausgestaltung der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und für die Teilhabe von Geflüchteten in Sachsen.

Nach § 44 Absatz 1 AsylVfG liegt es in der Zuständigkeit des Freistaates Sachsen, für die Unterbringung von Asylsuchenden die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten.

Den Modus der Aufnahme, Unterbringung und Verteilung von Asylsuchenden im Freistaat Sachsen und die Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes regelt das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz. Die Verwaltungsvorschrift Unterbringung und soziale Betreuung aus dem Jahr 2009 gibt Empfehlungen zur Ausstattung und dem Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte. Mit dem Heim-TÜV hat der ehemalige Sächsische Ausländerbeauftragte Martin Gillo zudem ein Monitoring-Instrument für die Sammelunterkünfte in Sachsen geschaffen und daraus Handlungsbedarfe und Verbesserungsvorschläge abgeleitet. Abgesehen davon, dass sein Nachfolger Geert Mackenroth den Heim-TÜV 2015 abgeschafft hat, handelte es sich um ein unverbindliches Instrument, das auf die Einsicht der zuständigen Behörden abzielte. Es mangelt also an verbindlichen Mindeststandards für die Ausgestaltung der Unterbringung und den Modus der Betreuung. Aspekte der Teilhabe der Geflüchteten fehlen ganz und gar. Auch das auf 2012 datierende sächsische Zuwanderungs- und Integrationskonzept schließt Geflüchtete als Zielgruppe explizit aus.

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag hat sich neben zahlreichen anderen parlamentarischen Initiativen zum Thema auf den Weg gemacht, das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz zu novellieren und um verbindliche Regelungen zur Versorgung, Betreuung und Teilhabe zu ergänzen.

Ziel des Gesetzes ist es, die existenten zersplitterten Regelungen zu vereinheitlichen und die Vorgaben der EU-Aufnahmerichtlinie in Landesrecht umzusetzen. Die Aufnahmerichtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 definiert für die EU-Mitgliedsstaaten „Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen“. Darunter befinden sich Vorgaben für den Umgang mit schutzbedürftigen Personen, mit Familien, (unbegleiteten) Minderjährigen, zum Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, zu Rechtsberatung oder zur medizinischen Versorgung.

Wegen Nicht-Umsetzung der Aufnahmerichtlinie hat die EU-Kommission am 24.9.2015 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Neben der Übertragung der Normen der EU-Aufnahmerichtlinie, die vor allem der Humanisierung der Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen dient, will DIE LINKE mit der Gesetzesnovelle der Unterbringung in Wohnungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten Vorrang einräumen, die Dauer der Unterbringung in Sammelunterkünften in jedem Fall verkürzen und Mindeststandards für diese Sammelunterkünfte definieren. Außerdem sollen Beschwerdestellen für Geflüchtete eingerichtet werden.

Die Grundlage für eine menschenwürdige Unterbringung und Integrationsperspek-

tiven in den Kommunen ist neben dem politischen Willen eine Frage der finanziellen Ausstattung. Auch dies wird mit dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz geregelt. Zwar wird den Kommunen die Unterbringung von Geflüchteten als Pflichtaufgabe übertragen, die Kosten dafür werden jedoch nicht auskömmlich erstattet. Mit dem Doppelhaushalt 2015/16 wurde die so genannte Unterbringungs-pauschale nach § 10 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz von 6.000 auf 7.600 Euro pro Jahr und Person angehoben. Die Linksfraktion hatte in der Haushaltsdebatte eine Erhöhung auf 9000 Euro gefordert. Seitdem dürften sich die Kosten weiter erhöht haben. Auch hier gibt es dringlichen Veränderungsbedarf, dem sich DIE LINKE auf parlamentarischem Wege annehmen wird.

Was es weiterhin braucht, ist eine ideelle und auch materielle Unterstützung des Ehrenamtes. Nicht erst seit Mitte 2015 leisten zahlreiche Menschen Unterstützung für Geflüchtete, ob beim Auszug in eigene Wohnungen, beim Spracherwerb, bei Ämterbesuchen oder durch den Kampf gegen rassistische Mobilisierungen. Ehrenamtliche springen oft dort in die Bresche, wo der Staat versagt.

Mit den vergangenen und geplanten Asylrechtsverschärfungen wird dem Engagement für ein offenes Land, das keine „Obergrenzen“ kennt, sondern sich an den Menschenrechten orientiert, der Boden entzogen.

Sowohl im parlamentarischen Handeln, im Alltag und auf der Straße muss deshalb die Leitlinie sein, das individuelle Recht auf Asyl als Menschenrecht zu verteidigen.



**Juliane Nagel**

*Sprecherin für Migrations-  
und Flüchtlingspolitik*

## 4.2. Refugees Welcome: Mit LINKS!

Die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik werden unser Land verändern. Vor uns liegt eine große Aufgabe, an der wir wachsen, aber auch scheitern können. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt, dass schon für das Jahr 2015 die Konjunktur in Deutschland durch die Mehrausgaben des Staates zur Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten um 0,2% zulegt. Es handelt sich um ein Mini-Konjunkturprogramm für die deutsche Wirtschaft. Diese positive Wirkung auf die Konjunktur wird nächstes Jahr noch zulegen. Die gesellschaftspolitische Herausforderung geht aber selbstverständlich über Konjunkturzahlen hinaus – letztlich geht es um die Frage, in was für einem Land wir leben wollen.

Die Herausforderungen sind groß, aber eines ist doch wie immer: es gibt reaktionäre und fortschrittliche Antworten, und es lohnt sich, für einen LINKEN Gesellschaftsentwurf zu streiten. Dabei müssen die realen Probleme benannt und mit Lösungsvorschlägen versehen werden, gerade auch was die Situation vor Ort in den Ländern und Kommunen betrifft. Eine ganze Reihe der aktuellen Problemlagen sollten mit Finanzmitteln des Bundes angegangen werden, weil es sich ganz offensichtlich um eine bundesdeutsche (und europäische) Herausforderung handelt, die nicht den ohnehin knappen Finanzen der Kommunen aufgebürdet werden sollte.

Derzeit begegnen uns zwei Arten von Problemen: erstens treten nun strukturelle Probleme hervor, nach dem die Verwaltungen und die staatliche Daseinsvorsorge schon viel zu lange auf Verschleiß gefahren und kaputt gespart wurde. Zweitens sind viele drängende Probleme der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der handelnden Regierungsvertreter auf Bundesebene geschuldet. Beides zusammen führt dazu, dass die

Länder und Kommunen derzeit im Regen stehen gelassen werden, auch in Sachsen. Die Dinge, die sich auf der zweiten Problemachse bewegen, wo es also um Unfähigkeit oder Unwilligkeit geht, ließen sich alle mit etwas mehr Flexibilität und Engagement im Rahmen der bestehenden Gesetze lösen, wenn man vorhandenen Spielräume sinnvoll ausnutzen würde: beispielsweise könnten leer stehende Bundesimmobilien zur Unterbringung genutzt werden. Der Innenminister De Maiziere erhöhte unnötig den bürokratischen Aufwand um die Versorgung sicherzustellen, indem diese über eine verstärkte Umstellung auf Sachleistungen abgewickelt werden soll – dieser Mann muss gestoppt werden. Die Schuldenbremse ist und bleibt falsch, aber selbst unter den gegebenen Bedingungen gibt es einen milliardenschweren Spielraum, der aktuell nicht ausgeschöpft wird – warum nicht? Die bereits vorhandenen Instrumente und Spielräume werden nicht genutzt, die Probleme werden dadurch größer, nicht kleiner. Entweder ist diese Regierung nicht willig oder nicht fähig, diese Probleme schnell zu lösen.

Die aktuelle Krise zeigt uns aber eben auch ein strukturelles Problem, das keineswegs neu ist. Seit Jahren wird uns erzählt, ein Abbau vom Sozialsaat und staatlicher Verwaltung insgesamt, der Rückbau der staatlichen Daseinsvorsorge zugunsten der Märkte würde unsere Lebensqualität steigern. Das Gegenteil ist der Fall: konkret geht es um einen Mangel an Lehrern, Finanznot in Städten und Gemeinden, geschlossene Schwimmbäder oder das Streichen von Buslinien, bedrohte Krankenhäuser und das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum.

Es sind natürlich nicht nur die Geflüchteten, die unter diesem strukturellen Rückbau staatlicher Daseinsvorsorge leiden, es

sind auch die ganz normalen Menschen, die hier schon länger leben, arbeiten, zur Schule gehen, usw. Aber was für ein Trost soll es für Menschen in schlecht bezahlten Jobs oder ganz ohne Arbeit sein, dass es nun Menschen gibt, denen es noch schlechter geht? Die massive Bewegung der Geflüchteten hat zwar die großen Defizite in der Infrastruktur der Kommunen und Länder aufgedeckt, ist aber auch eine Chance für die überfällige Investitionsoffensive. Die wirtschaftspolitische Idiotie der „schwarzen Null“ bröckelt bereits. Die Willkommenskultur muss dringend und seriös wirtschaftspolitisch untermauert werden, sonst verkommt sie zur Phrase und wir schaffen durch unterlassene Investitionen heute die Probleme von morgen. Es muss jetzt deshalb um einen generellen Ausbau sozialer Dienstleistungen und öffentlicher Infrastruktur für alle gehen. Deshalb fordert DIE LINKE ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Mrd. Euro, um die Handlungsfähigkeit des Staates in seinen originären Aufgabenbereichen wieder herzustellen. Konkret geht es um:

- eine Soforthilfe an die Kommunen/ Länder zur Erstversorgung der Geflüchteten (10 Mrd. Euro)
- ein Bundessonderprogramm zu sozialem Wohnungsbau mit 500.000 Wohnungen in Mischnutzung für Menschen mit geringen Einkommen und Geflüchteten (8Mrd. Euro)
- einen Ausbau arbeitsmarktpolitischer Qualifizierungs- und Integrationsprogramme; kostenfreie und qualitativ hochwertig hochwertige freiwillige Sprachkurse; Bundeszuschuss für Bildung (Schulen, Kitas); Ausbau sozialer Beratungsstellen (7Mrd. Euro).

Langfristig muss es darum gehen, dass der Bund die Länder und Kommunen weiter entlastet, indem beispielsweise die Kosten für das gesamte Asylverfahren und für die Erstaufnahme vom Bund übernommen

werden. Die Flüchtlingspolitik zeigt uns aktuell unsere Versäumnisse im Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Chance sollten wir nutzen, die Zeiten dafür sind mit den niedrigen Zinsen so günstig wie nie – unsere Kinder werden es uns danken.



**Dr. Axel Troost**

*Sprecher der Landesgruppe Sachsen,  
Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

## 4.3. Europa wird sich verändern, mit oder ohne uns...

Im Moment bleibt die europäische Gemeinschaft weit hinter ihren humanistischen Grundsätzen zurück. Mehr noch: in der Bewältigung der migrationspolitischen Herausforderungen versagt sie kläglich. Uneinigkeit statt Geschlossenheit, nationales Selbstinteresse statt gemeinsame Lösungen, Zäune und Mauern statt offener Arme. Das Problem an die Außengrenzen zu schieben und sich der Verantwortung zu entziehen, ist der falsche Weg. Was wir jetzt wirklich brauchen ist mehr. Aber nicht mehr an Kontrolle, Überwachung oder Abschottung. Die Flüchtlinge werden sich davon nicht aufhalten lassen, denn sie eint eines: Die unbändige Hoffnung auf Sicherheit, Freiheit und eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien.

Was wir brauchen ist mehr Interesse an wirklich nachhaltigen Lösungen und unvoreingenommenen Debatten, die in konkrete flüchtlingspolitische Maßnahmen münden. Ziel sollte es sein, langfristige Perspektiven zu entwickeln, im Interesse genau der Menschen, die jetzt zu uns kommen. Wer denkt, Migration wäre weit weg und sie ließe sich nach der Tagesschau einfach wegzappen, der irrt gewaltig. Der Anstieg der Fluchtbewegungen ist unlängst auch bei uns, in Sachsen spürbar.

Im März dieses Jahres startete auf Initiative Juliane Nagels und zusammen mit der Landesgruppe der Bundestagsfraktion die Willkommenstour in Sachsen, welche wir an einigen Punkten begleitet haben. Bei unseren Besuchen, ob in Schneeberg, Freiberg oder Dresden und den vielen Gesprächen mit Geflüchteten und Verantwortlichen vor Ort, haben die Erfahrungsberichte sich mit dem gedeckt, was wir seit langem als Probleme erkennen: Die Kommunen wurden vielfach sich selbst überlassen. Nach wie vor herrscht mitun-

ter Planlosigkeit und nur den größten Anstrengungen der Verantwortlichen vor Ort ist es zu verdanken, dass am Ende alles doch irgendwie funktioniert. Es ist das irgendwie, was besser werden muss. Land und Kommunen müssen Hand in Hand arbeiten. Es bedarf einer langfristigen Planung, gemeinsam entwickelter Handlungskonzepte und eines umfassenden Landesintegrationsprogramms, welches die kommunale Ebene mit einschließt.

Allem voran aber muss eine transparente Kommunikationskultur stehen, die sich insbesondere an die Zivilgesellschaft richtet. Dafür muss Asylpolitik endlich zur Chefsache werden und das nicht im Sinne einer restriktiven Ausgrenzungspolitik sondern als ernstgemeintes, inklusives Angebot an die Gesellschaft und für die Flüchtlinge. Dafür muss man trotz aller Herausforderungen erkennen und auch anerkennen, welche Chancen eine gelungene Integration der Neuankömmlinge für uns alle bieten kann. Nur so können wir rechter Hetze langfristig begegnen.

Die Erfahrungen der Willkommenstour sind ungeheuer wertvoll. Sie sind Grundlage für dringend notwendige, linke Alternativen auf parlamentarischer Ebene. Darüber hinaus hat jeder einzelne Besuch und der Dialog mit allen Beteiligten gezeigt, dass der transparente und ehrliche Umgang mit dem Thema Asyl der Weg ist, von dem wir alle profitieren. Genau hier liegen der Hase im Pfeffer und die konkrete Verantwortlichkeit von Politik und Gesellschaft. Bedauerlicherweise hat die sächsische Staatsregierung in vielen Fragen versagt, Lösungen verschleppt, gar nicht oder viel zu spät reagiert. Resultat sind Pegida, offener Rassismus und eine zu tiefst gesplattene Gesellschaft.

Umso größerer Dank gilt allen, die sich

dem entgegenstellen und die das getan haben, was die Europäische Union längst nationalem Selbstinteresse geopfert hat: den Ankommenden Menschlichkeit zu zeigen. Europa ist in Bewegung, das ist klar. Und die Veränderungen werden nicht an unserer Haustür halt machen. Die große Frage ist, welchen Weg die EU gehen will und welchen Einfluss die Bürger\_innen darauf haben werden. Ich würde mir wünschen, es wäre ein gemeinsamer.

A handwritten signature in blue ink, reading 'Cornelia Ernst'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Cornelia' written in a larger, more prominent script than the last name 'Ernst'.

**Dr. Cornelia Ernst**

*MdEP, Mitglied im Ausschuss für  
Bürgerliche Freiheiten Justiz und Inneres.*

# A. Anhang (Presseartikel, Auswahl)

## Rote Figuren als Denkanstoß



## Aufklärung und Information

### LINKE-Delegation auf Asyl-Tour in Torgau

**TORGAU.** Rote Papp-Männchen standen am Freitag in der Bäckerstraße. An ihnen hingen Zettel, darauf geschrieben standen Schicksale und Geschichten von Flüchtlingen aus Sachsen. Sie waren Teil einer mobilen Ausstellung, mit der LINKE schon seit geraumer Zeit auf den Weg zieht. Mit dem Ziel, die Öffentlichkeit für die Themen Flucht zu sensibilisieren. **Vorstellung**

unterkunft für Flüchtlinge um sich dort vorzustellen zu informieren. DRK-Chefin Annera, Leiterin Stefanie Stephan Köchl als Leiterin der Informationsbehörde konzipieren und il

## Asyl: Kreis bleibt bei seiner Strategie

Aufteilung der Flüchtlinge... unen wird... ant

## Karawanskij: „Der solidarische Kitt ist porös“

### Linken-Abgeordnete auf Tour durch Landkreis

VON NIKOS NATSIDIS

**BORNA.** Die Akteure, die sich um die Integration von Asylbewerbern im Landkreis Leipzig kümmern, müssen sich besser miteinander vernetzen. Das hat die Linken-Abgeordnete Susanna Karawanskij



Susanna Karawanskij

Bundestag vertritt, war am Freitag in der Landtagskollektive und Marco Böhm auf einer Tour im Leipziger Land

## „Böhlen wurde von der Landesdirektion überrumpelt“

Apartment als Flüchtlingsunterkunft - Linke kritisiert den Umgang der Behörden mit der Stadtverwaltung



Apartmenthaus in Böhlen, das als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird.

Die Stadtverwaltung... unter der Leitung von... die Stadtverwaltung... die Stadtverwaltung...

## Linke starten Asyl-Tour im Landkreis

Politiker der Linken sind Anfang der kommenden Woche in mehreren Asylbewerberheimen in der Region unterwegs. Außerdem besuchen sie Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen. Die Tour beginnt am Montag in Freital, beim Verein „Gemeinsam leben“, der Deutschkurse für Flüchtlinge organisiert. Danach stehen Besuche der Asylheime in Tharandt und Eilenburg auf dem Programm.

„schichten“ auf dem Markt. Bei den Besuchen sind u. a. Bundestag-Abgeordnete Verena Meiwald und Lutz... Ziel sei es, sich die Lebenssituation der Flüchtlinge anschauen sowie mit Flüchtlingen in Wort und Tat... Im Blick stehen auch die Kommunen und Landkreise... an Asylbewerbern umge...

## Asyl: Kreis bleibt bei seiner Strategie

Aufteilung der Flüchtlinge auf alle Kommunen wird weiter abgebaut

Die Linke fordert... die Kommunen... die Kommunen...

## „Willkommenstour“ der Linkspartei durch den Landkreis

### Bundes- und Landtagsabgeordnete informieren sich

**NORDSACHSEN.** Die von sächsischen Bundes- und Landtagsabgeordneten im April gestartete „Willkommenstour“ findet jetzt ihren Abschluss. Darunter sind Susanna Karawanskij, Kerstin Köditz, Julia Nagel

und morgen in Eilenburg, Delitzsch... gemeinsam mit Stadt- und Kreisräten... unter... die das... im E... ch eine... Unterbri... erschaffe... antwortli... te Himn

## KAMENZER ZEITUNG



Rot belebt den Markt... Menschen, die... schen ihre Hei... folung aufgel... lingsstrom kö... werden. Desl

## OSCHATZ

Reiter sollten... reiche aufgeben... Linke auf A

# „Ein klares Asyl-Konzept muss her“

Die Linke tourt durch Sachsen und schaut nach, wie Flüchtlinge untergebracht sind. Für Bautzen findet Landtagsabgeordnete Juliane Nagel klare Worte.



Die langjährige Juliane Nagel (Linke) ist seit einem Jahr Mitglied des Sächsischen Landtages.

nicht um die Flüchtlinge kümmern. Aufgaben, die das Bundes abgeordnet werden. Ich bin mir sicher, die Bundesregierung wird einiges tun, wenn es sich um etwas anderes

Frau Nagel, seit vier paar Tagen sind Sie rund um Bautzen unterwegs. Haben sich die Situation der Flüchtlinge geändert, wie fällt ihr Urteil aus? Ich bin mir der Situation nicht wirklich sicher. In den letzten Tagen habe ich Unterkünfte besucht, mit Bundesbeamten gesprochen und habe mich mit den Menschen vor Ort unterhalten. Das hat sich immer deutlich gezeigt. Und das gilt für alle Landtage, wenn wir für die Linke Bautzen. Es fällt eine wichtige Aufgabe. Habe aber kein Wunder in der Lage, die Unterkünfte eingerichtet. Ich habe die Gefühle, dass man sich Landtage

Was gehört denn zu einem klaren Asyl-Konzept, wie Sie es finden? Das hängt schon bei der ersten Bewertung ab, ich war zum Beispiel im Grenzpark. Dort arbeiten vier sogenannte Männer. Doch die decken alles ab - vom Betreten bis zum Ausreisen. Deren einzige Aufgabe ist es, die Flüchtlinge zu registrieren. Auch gibt es im Landkreis keine offiziellen Sprachkurse. Das ist ärgerlich.

Wie sieht es mit der Sprachkurse aus? Und wie sieht es mit der Integration? Und wie sieht es mit der Integration? Und wie sieht es mit der Integration?



## Sachsen verzichtet auf Willkommenskultur

Innenminister Markus Ulbig nimmt Forderungen der AfD auf und verspricht schnellere Abschiebungen

Während Bundeskanzler die Willkommenskultur in Deutschland fördern will, verzichtet Sachsen auf diese Kultur. Innenminister Markus Ulbig hat sich in einem Interview mit der AfD auseinandergesetzt. Er hat sich für eine schnellere Abschiebung von Flüchtlingen ausgesprochen.



## Asyl: Container im Gespräch

Die Bundesregierung will die Unterbringung von Flüchtlingen in Containern prüfen. Die Linke fordert eine schnelle Entscheidung darüber.

## Aufklärung und Information

LINKE-Delegation auf Asyl-Tour in Torgau

Die Linke-Delegation hat eine Tour durch Torgau gemacht, um die Situation der Flüchtlinge vor Ort zu sehen. Die Delegation hat sich mit den Verantwortlichen unterhalten und hat sich für eine bessere Unterbringung ausgesprochen.

## Stadtobfrau trifft auf Linke-Abgeordnete

Die Stadtobfrau hat eine Sitzung mit der Linke-Abgeordneten durchgeführt. Sie haben über die Situation der Flüchtlinge in der Stadt gesprochen.

## Linke-Fraktionschef kritisiert

Der Fraktionschef der Linke hat die Regierungspolitik kritisiert. Er hat sich für eine bessere Unterbringung der Flüchtlinge ausgesprochen.

## WICKAUER ZEITUNG



## Nach Nordsachsen



## Willkommen in Sachsen!

Im April startete die 'Willkommenskultur' in Sachsen. Die Linke hat sich für eine bessere Unterbringung ausgesprochen.

## Was sind die Hilferufe?

Die Hilferufe der Flüchtlinge sind vielfältig. Sie fordern eine bessere Unterbringung und eine schnelle Abschiebung.

## Wie kam es zur Namensfindung?

Die Namensfindung für die Willkommenskultur in Sachsen war ein langer Prozess. Die Linke hat sich für eine bessere Unterbringung ausgesprochen.



mit roten Figuren  
Asyl-Tour in Oschatz



# Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

# Sächsische Zei

SZ-ONLINE.DE

## Fluchtgeschichten auf Löbauer Altmarkt

Eine besondere Ausstellung und ein Film sollen am Mittwoch zum Nachdenken anregen.

„Asyl steht für ein Schicksal“

Der Flüchtling „Flucht und Asyl“...  
Ankern Station gewährt...  
...von 14 bis 17 Uhr auf dem  
...Ausstellung durch Sachsen. Die soll  
...sich über die Asylpolitik...  
...ausweilen. So man...  
...sich über die Asylpolitik...  
...auf dem Löbauer Altmarkt...



...der Frage nachgehen, wie Flüchtlinge im Landkreis Görs...  
...soll auf dem Altmarkt dann auch eine besondere Ausstellu...  
...aus der Inneren Bautzener Straße der Film „Willkommen...  
...kommen hat. Er thematisiert die Willkommenskultur für Asyl...

...ndel, betonen die Politiker Asylbewerberthema im Landg...  
...Ausstellung und Film ist es, mit der Öffentlichkeit ins Ge...  
...Das teilt die Linke-Landtagsabgeordnete Katrin Kagefmarit...



# Freie Presse

26 °C Chemnitz

KALES SACHSEN POLITIK WIRTSCHAFT PANORAMA KULTUR SPORT RATGEBER WOHN MITMA

emen: Museum Schloss Voigtsberg · Sportarten im Test

## Linkspartei - Aktion zum Thema "Flucht und Asyl"

erschienen am 01.06.2015

...flauen. Das Thema "Flucht und Asyl" steht im Mittelpunkt einer Akt...  
...am Mittwoch in Plauen veranstaltet wird. An diesem Tag ist von 14...  
...eine Ausstellung von zwölf Holzsilhouetten, bestückt mit Fluchtges...  
...Asyl, zu sehen. Ebenfalls von 14 bis 17 Uhr findet auf der Lutherwi...  
...ausgerichtet vom Eine-Welt-Verein und dem Fanprojekt des VFC -...  
...Plauen. Die Aktionen sind Teil der gemeinsamen "Asyl- und Willko...  
...im Sächsischen Landtag, der sächsischen Landesgruppe der Frakti...  
...am 1. bis 10. Oktober in allen Sachl...



Hoyerswerda 24. Juni 2015, 02:48 Uhr

**"Willkommenstour" stoppt in Hoyerswerda**

Linke Landtagsfraktion informiert sich in der Stadt über die Asylpolitik

HOYERSWERDA. Die Partei Die Linke hat am gestrigen Dienstag mit ihrer vor wenigen Wochen sachsenweit gestarteten "Willkommenstour" in Hoyerswerda ihren Auftakt gemacht. Auf dem Lauf erwarte Fakten und Z. Schicksale von realen A. "Über die Ausstellung a Gespräch kommen", sag

in Rahmen ihrer Tour d von Flüchtlingen und üb Hoyerswerda schließt i einem Vor-Ort-Treffen in laden derzeit 124 Bewer Integrationsangebote vo Hoyerswerda sehr stark" Landrös Bauzonen nach Flüchtlingströme gewiß einfacher gestaltet wer

IE LINKE)

estages

R | ZWICKAU

**Flüchtlinge könnten in leere Wohnu**



Flüchtlinge kö  
leisten, den W  
Zwickau zu ver  
Nagel, die Spre  
Migrationspoliti  
Landtag, am Di  
Zusammen mit  
wie zum Beisp  
dezentrale Unt  
für eine Einglie  
zusammen mit  
Antwort zu Fra

Flüchtlinge", sagt

# Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

## Flüchtlingsbetreuung soll familiärer werden

Als politisch Verfolgte ist Lia mit Mann und Tochter (4) Mitte Mai nach Roßwein gekommen. Wie es weitergeht, weiß die Georgierin nicht.

30.05.2015 Von Heike Stumpf



Die Politikrassens Maria Tsimoni-Wapenta (links) und Carmen Ernst (rechts) hatten sich gestern im Asylbewerberheim informiert und auch mit Journalistin Lia aus Georgien gesprochen. Sie ist mit Kind und Mann nach Roßwein gekommen. Foto: D. THOMAS

nach Griechenland. Sie stellen sich darauf ein, dort sei den. Eine Zeit lang hätten die Betroffenen dort sogar in Das Heim in Roßwein, das Platz für 100 Personen biete von Konzepten. Höllmüller sprach da zum Beispiel von "Musterfälle gibt, haben die Gäste in den" -Lokalisierung. Di

## Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

Nachrichten Sachsen Religion Kultur Medien Alter Wirt

### Die Menschen hinter den Schicksalen

In einer Wanderansammlung der Linken erfüllen Flüchtige ihre persönliche Lebenswünsche - und können sie fürchte aus.



Sonnen, 33, war eines der Teilnehmerinnen in der Wanderansammlung der Linken in Hoyerswerda. Sie ist mit ihrer Tochter und der Familie der sächsischen Ministerpräsidentin, wurden die von Anna-Maria

neues deutschland  
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG  
Home Meinung Politik Gesellschaft Kultur Sport Rat  
Inland Berlin und Brandenburg Ausland Bewegung Wirtschaft un  
Jetzt »Digitale« und »Print« kombinieren - das nd-Kombi

Von Hendrik Lasch 11.04.2015 / Inland

## Eine Tour für ein herzliches Willkommen

### Sachsens LINKE besucht Zuwanderer un

Die LINKE will weg von Debatten und hin zur Basis. Di werden in den kommenden Wochen Zuwanderer und h Freistaat Sachsen besucht. Die Fraktion erhofft sich so Überblick über Probleme.

Sächsische Zeitung  
SZ-ONLINE.DE  
Nachrichten Sachsen Ratgeber Video

Start Sachsen Lokalausgaben Sebnitz Fußball

## Fußballturnier mit Flüchtlingen

Freitag

# Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

## Linke auf Asyl-Info-Tour

Abgeordnete der Partei wollen nächste Woche Flüchtlingsheime b und mit Hilfsbündnissen ins Gespräch kommen.

## nenskultur

Asylunterkünfte und wollen mi

er Linken wollen die Willkommenskult en einer sächsischen Asyl- und Willk en in Weißwasser, die neu geschaffen Zittau. Um das Thema in der Öffentl htgeschichten" geben. Zum Besuchert



Bautzen. Über tion der Asylb Landkreis wo geordnete un nalpolitiker d der kommen informieren. bis Mittwoch auf „Willkon Dabei besue Flüchtlingsst chen mit d





